PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man bezieht vom Buchhandel, von der Post und | Berlin, den 24. September 1919. | direkt vom Verlage für 12.— Mk. vierteljährlich, Mk. 42.— für das Jahr.

Die Valuta.

Es ist merkwürdig, daß über gewisse, besonders wichtige wirtschaftliche Fragen durch die Jahrzehnte hindurch immer wieder die gleichen Unklarheiten herrschen; dazu gehört in erster Linie alles, was mit den internationalen Wechselkursen und dem Geldwert zusammenhängt. Kaum auf einem anderen Gebiet sind dieselben Irrtümer immer wieder gemacht und die gleichen Fehler begangen worden. Jedesmal, wenn infolge von nationalen oder internationalen Krisen die Geld- oder Valutafrage wieder aktuell wird, tauchen dieselben Vorschläge, dieselben Mahnungen, dieselben Absichten wieder auf. Die Kurse der fremden Wechsel haben für Deutschland während des ganzen Krieges eine erhebliche Bedeutung gehabt, aber sie sind andererseits während des Krieges vielfach überschätzt worden. Die Valutaangst beeinflußte das Denken einzelner beamteter und unbeamteter Menschen so sehr, daß sie aus Furcht, die Preise der auswärtigen Wechselkurse noch mehr zu drücken, die Versorgung des Reiches mit kriegswichtigen Rohstoffen und mit Nahrungsmitteln unterließen oder doch mindestens um jeden Doppelzentner, der die Reichsgrenzen überschritt, bangten. Erst als es zu spät war, gelang es, die übertriebene Furcht vor der Valuta zu überwinden. Aber mit dem merkwürdigen Erfolg, daß diese Ueberwindung nun wieder zu gründlich geschah. Denn nunmehr glaubten manche, daß der Valuta überhaupt keine Bedeutung beizumessen sei, und daß man auch jetzt nach dem Kriege der Wirtschaft ihren Lauf lassen könne, in der sicheren Hoffnung, es werde sich durch das freie Spiel der Kräfte schon alles von selbst regulieren. Ja, gerade dieses freie Spiel der Kräfte schien vielen der bedeutsamste Regulator, der auch die Wechselkurse wieder von selbst in Ordnung bringen würde.

Um die Valutafrage einigermaßen beurteilen zu können, muß man sich klar machen, daß der Preis auswärtiger Wechsel genau nach den gleichen Gesetzen zustande kommt wie der Preis jeder anderen Ware. Auch hier also ist das Preisproblem rein äußerlich, das Problem des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage. Daß die Kurse fremder Wechsel in Deutschland steigen und umgekehrt die Kurse deutscher Wechsel im Ausland fallen, kann immer nur darauf zurückgeführt werden, daß immer mehr Nachfrage als Angebot in fremden Wechseln an deutschen Börsen und umgekehrt mehr Angebote als Nachfrage in deutschen Wechseln an fremden Börsen vorhanden ist. Schon während des Krieges konnte es ja niemals zweifelhaft sein, worauf dieses mißliche Verhältnis von Angebot und Nachfrage zurückzuführen war. Deutschland führte den Werten nach mehr ein, als es ausführte. Einfuhrüberschüsse müssen bezahlt werden, entweder in fremder Valuta, und dann erhöhen sie die Nachfrage nach fremden Wechseln an deutschen Börsen; oder in deutscher Valuta, und dann erhöhen sie das Angebot an deutschen Wechseln an den auswärtigen Börsen. Nun wird die Geldwanderung zwischen den einzelnen Ländern nicht bloß von jenen Forderungen beeinflußt, die aus dem Warenverkehr entstehen, vielmehr können reine Geldforderungen hinzutreten, und tatsächlich sind solche Ergänzungen in normalen Zeiten durchaus die Regel. Es ist eben nicht bloß die Waren-Handelsbilanz, sondern die normale Zahlungsbilanz, die Waren-Handelsbilanz und Forderungs-Bilanz einschließt, die den Wechselkurs reguliert. Im Kriege spielte die Zahlungsbilanz neben der Waren-Handelsbilanz eine ganz geringe Rolle für Deutschland. Die deutschen Guthaben im Auslande waren gesperrt, und die relativ doch immer geringen Kredite, die vom neutralen Ausland gewährt wurden, reichten nicht aus. Infolgedessen richtete sich während des Krieges der deutsche Wechselkursstand immer nach der Waren-

Handelsbilanz, und man braucht nur die ganz einseitige Gestaltung des Verhältnisses von Ein- und Ausfuhr im Kriege zu betrachten, um genau zu wissen, woraus das Unglück der deutschen Valuta während des Krieges zu erklären ist.

Nun habe ich selbst zu den Optimisten in bezug auf Gestaltung des deutschen Wechselkurses nach dem Frieden gehört. Mit einer gewissen Warscheinlichkeit war damit zu rechnen, daß nach dem Aufhören des Kriegszustandes ein bemerkbarerer Umschwung auf dem Weltmarkt für alle Wechsel sich geltend machen müßte, denn es würden ja die erheblichen ausländischen Guthaben frei, die Deutschland besaß. Man durfte annehmen, daß sich das deutsche Wirtschaftsleben wieder regen würde, und daß daher allmählich der noch sehr zutage tretende Valutaunterschied bald ausgeglichen sein würde. Durch die ganz unerwartete deutsche Katastrophe haben sich alle diese Dinge natürlich von Grund auf geändert. Der Friede von Versailles hat das Deutsche Reich seiner sämtlichen Auslandguthaben beraubt. Der internationale Geldmarkt ist zwar theoretisch den Deutschen nicht verschlossen, wenn auch eingeengt, aber praktisch sind sie auf diesem Geldmarkt zur Rolle von Petenten verurteilt, denn Guthaben zu verkaufen haben sie doch nicht. Schon durch diese Konstellation waren infolge des besonders ungünstigen Friedensschlusses die Aussichten für die Entwicklung der deutschen Valuta nicht gerade glänzend. Trotzdem brauchte man noch nicht alle Hoffnung auf die allmähliche Gesundung der deutschen Valuta aufzugeben, denn gerade der ungünstige Stand der Valuta bot die beste Anregung, Waren zu exportieren und auf diese Weise nach Kräften die Warenhandels-Bilanz und damit auch die deutsche Zahlungs-Bilanz aktiv zu gestalten. Die deutsche Revolution hat aber leider nicht die Produktivität der deutschen Wirtschaft gefördert, sondern zunächst hat sich zu dem militärischen und politischen Zusammenbruch auch der wirtschaftliche Zusammenbruch gesellt. Ein Zustand der Verzweiflung, des Klassenegoismus, der wirtschaftlichen Lethargie ist eingetreten. Statt zu arbeiten, feiert das deutsche Volk, und statt zu exportieren, importiert es, kontrolliert und unkontrolliert.

Unter diesen Umständen kann man sich gar nicht darüber wundern, daß die Kurse der fremden Wechsel in Deutschland heute stark in die Höhe geschnellt sind. Es soll heute hier ganz ununtersucht bleiben, inwieweit in diesem Tiefstand sich ein Mißtrauen gegen die deutsche Währung ausprägt. Selbstverständlich können die jetzigen Zustände nicht dazu beitragen, das Vertrauen zu der zukünftigen Entwicklung irgendwie zu heben. Man braucht gar nicht nach irgendwelchen Mißtrauensmomenten zu suchen, um den niedrigen Stand der deutschen Valuta zu erklären. Die dänische Nationalbank hat eine wichtige Statutenbestimmung abgeändert, was als ein Zeichen solchen Mißtrauens namentlich auch in anderen neutralen Ländern gedeutet worden ist. Nach dieser Statutenbestimmung war die dänische Nationalbank berechtigt, Noten der deutschen Reichsbank in ihren Goldbestand einzurechnen. Diese Bestimmung ist gestrichen worden. Meines Erachtens vollkommen zu Recht. Denn Deutschland hat zwar noch formell Goldwährung, zahlt aber gegen seine Noten kein Gold mehr, und es steht schon heute außer Zweifel, daß bei der Reform der deutschen Währung die allgemeine Goldgrundlage, wenigstens insoweit die Notenauszahlungspflicht in Betracht kommt, aufgehoben werden muß. Unter diesen Umständen trägt die Leitung der dänischen Nationalbank nur den veränderten Verhältnissen Rechnung, ohne dabei eine unfreundliche Aktion oder irgendein Mißtrauen zu begehen. Die dänische Nationalbank hat damit auch gar nicht irgendeine Meinung über die zukünftige Gestaltung deutschen Wechselkurses zum besten gegeben. Man kann aber, wie gesagt, Vertrauen oder Mißtrauen bei der Betrachtung der deutschen Valuta ganz außer acht lassen, denn das Verhältnis von Ein- und Ausfuhr, durch das fast allein im Augenblick die deutsche Zahlungsbilanz bestimmt wird, genügt schon vollkommen, um den augenblicklichen Stand der deutschen Valuta zu erklären.

Dieser Stand ist nur zu bessern, indem das Verhältnis von Angebot und Nachfrage der fremden Wechsel gebessert wird. Eine solche Besserung ist in der Hauptsache nur durch die Wiederaufnahme des Exports zu erzielen, und die Möglichkeit der Wiederaufnahme des Exports steht in allerengster Beziehung zu dem Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens. Zum allgemeinen Wiederaufbau der deutschen Arbeit. Wie die Dinge jetzt liegen, genügt es nicht, in dem Maße wieder zu arbeiten, wie Deutschland das früher getan hat; sondern es ist nötig, viel mehr zu schaffen. Vor allem aber produktiver. Die Vermehrung der Produktivität deutscher Arbeit erfordert ganz die Rücksicht auf seine Handelsbeziehungen. Nicht nur intensivere Wirtschaft, sondern auch ein sparsamerer Umgang mit allen Materialien. Man muß zunächst aus den heimischen Rohmaterialien soviel wie möglich zu erzeugen suchen und erst in zweiter Linie die Heranschaffung ausländischer Rohmaterialien in Betracht ziehen. Wir haben ja während des Krieges gelernt, daß für viele vom Ausland bezogene Materialien, wie z. B. Chemikalien und Mineralien, sehr wohl Ersatz durch solche Stoffe möglich ist, die in Deutschland vorhanden sind. Das im Kriege begonnene System der Ersparung muß jetzt fortgesetzt werden. Dadurch wird nicht bloß

die Exportfähigkeit der deutschen Industrie gefördert, sondern auch nach anderer Richtung hin, als bloß durch Vermehrung des Exports, die deutsche Zahlungsbilanz gebessert. Denn je weniger Rohstoffe wir vom Ausland einführen, desto günstiger wird sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Wechselmarkt gestalten. Vermehrung des Exports und Verminderung des Imports sind daher gleichermaßen die notwendigsten Forderungen, um einen vernünftigen Valutastand wiederherzustellen.

Wenn man an der Hand dieser Notwendigkeiten einmal die verschiedenen Vorschläge prüft, die zur Heilung der schlechten Valuta gemacht wurden, so ergibt sich von selbst eine ganze Anzahl solcher Medizine als Kurpfuscher-Experimente. Am unbrauchbarsten ist zweifellos das Mittel, den freien Handel wiedereinzuführen. Es sei hier daran erinnert, daß noch kurz vor Schluß der Nationalversammlung, im Kampf gegen die Wissellsche Planwirtschaft, eine namhafte in den Hamburger Kreisen bekannte Persönlichkeit, Herr Witthoeft, für die Wiedereinführung des freien Handels auch mit der Motivierung eingetreten war: die deutsche Valuta sei jetzt so sehr gesunken, daß ein weiteres Sinken wirklich nicht mehr zu befürchten sei. Der stärkste Sturz der deutschen Valuta liegt aber gerade in der Zeit, die seit der Witthoeftschen Rede verflossen ist. Und der Grund für dieses Sinken ist gerade darin zu suchen, daß seit jenen Tagen die größte Freiheit für den deutschen Handel seit dem Kriegsende bestand.

Zunächst ja wohl schon deshalb, weil die deutsche Regierung in ihrem innersten Herzen, obwohl sie zu einem großen Teil aus Sozialdemokraten besteht, nach alter sozialdemokratischer Weise freihändlerisch gesinnt ist. Sie hat deswegen ganz ernsthaft daran gedacht, den Freihandel voll wiedereinzusetzen. Inzwischen ist ihr der Glaube an den Freihandel als Besserungsmittel wieder abhanden gekommen, aber als sie zu dieser Ansicht gelangte, mußte sie zu ihrem Schrecken einsehen, daß sie gar nicht mehr ihrer Entschließungen Herr war. Denn selbst gegen ihren Willen strömten die Waren von Ost und West ungehindert nach Deutschland herein. Zunächst das Loch im Westen. Im Westen besteht dadurch eine recht unangenehme Situation, daß nach dem Friedensvertrag für geraume Zeit für die Waren aus dem Elsaß und aus dem Saargebiet Zollfreiheit besteht. Nur durch sehr rigorose und vor allem sehr rigoros durchgeführte Ausführungsbestimmungen war hier eine unerlaubte Vermehrung der Wareneinfuhr zu verhindern. Statt dessen ist es durch den freien Handel englischen, französischen und auch deutschen Schiebern gelungen, die unglaublichsten Gegenstände in großen Massen nach Deutschland hereinzubringen. Nicht nur in den besetzten Gebieten selbst, sondern auch in den benachbarten Bezirken, z. B. in Frankfurt a. M., wimmelt es in den Zeitungen von ausländischen Annoncen, die alle möglichen Luxusgegenstände feilbieten, und selbst in Berlin kann man Unter den Linden, in der Friedrich- und Leipziger Straße französische Schlipse, französische Seidenwaren, französische Wäsche, französischen Jett, englischen Tabak und Zigaretten, holländische Zigarren und amerikanische, holländische und französische Schokolade in allen Mengen sehen. Der Segen des Freihandels dokumentiert sich also nicht daraus, daß wichtige Nahrungsmittel, sondern ganz überflüssige Luxuswaren eingeführt werden. Und nun im Osten! Im Osten ist Krieg. Es wird dort sogar teilweise hin- und hergeschossen. Man dürfte nun meinen, daß auf diese Weise die Grenze Deutschlands nach Osten hin gut verschlossen ist. Aber das Gegenteil ist richtig. Und man wird die Einbildung nicht los, daß dieselben Soldaten, die am Tage aufeinander schießen, des Nachts weit weniger wachsam sind und von hüben und drüben mindestens den Schmuggel nicht hindern.

Aber selbst da, wo formell noch Grenzen bestehen, bilden diese Grenzen keine unüberwindlichen Hindernisse. Infolge des Sinkens der Valuta kann das Ausland heute mit Leichtigkeit den deutschen Zoll tragen. Der Zoll gilt ja heute für den Ausländer ungefähr nur noch den 5. Teil von dem, was er früher galt. Mit Recht hat die deutsche Regierung deshalb verlangt, daß die Zölle in Zukunft in Gold bezahlt werden müssen. Es kommt dabei natürlich keine Zahlung in Gold oder in ausländischen Münzen in Betracht, sondern es müssen so viel deutsche Mark bezahlt werden, wie der Goldparität entspricht. Gegen diese Bestimmung lehnt sich die englische Regierung auf, die hier wieder, wie in vielen andern Dingen, auch sehr kurzsichtig ist. Im Augenblick hat die englische Industrie natürlich bei ihrer Weigerung einen Vorteil, denn es ist damit den englischen Waren der Zugang nach Deutschland erleichtert, da aber durch diese englische Maßnahme eine weitere Verschlechterung der deutschen Valuta sicher ist, so wird auf die Dauer natürlich die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie sehr gekräftigt. Eine volkswirtschaftliche Schriftstellerin in Holland hat sich berufen gefühlt, dem deutschen Volke gute Winke zu geben. Die Dame sagt, daß Deutschland keinen günstigeren Augenblick als diesen finden kann, den Freihandelszustand vom Anfang des 19. Jahrhunderts wiederherzustellen. Die holländische Doktorin scheint über die deutsche Handelsgeschichte wenig Bescheid zu wissen, sonst wäre es ihr kaum entgangen, daß diese freie Handelszeit die Zeit des größten Valutaniederganges in Deutschland war, und daß jene Zeit daher bald durch eine vernünftigere Zoll-

politik abgelöst wurde. Vor allem aber vergißt die holländische Ratgeberin, daß neben dem rein volkswirtschaftlichen in Deutschland auch noch ein finanzielles Problem besteht, und daß aus rein finanziellen Notwendigkeiten die Einkünfte aus den Zöllen nicht entbehrt werden können. Freilich wird ja auch schon erwogen, ob die Form der Zollabgabe nicht veraltet ist, doch muß sie bestehen bleiben, auch wenn die Erwägungen dazu führen sollten, die Form fallen zu lassen und andere Maßnahmen an ihre Stelle treten zu lassen. Es kommt heute in Deutschland gar nicht mehr darauf an, ob man bloß den Freihandel oder den Schutzzoll will, sondern die Notwendigkeit zwingt dazu, die Wirtschaft zu organisieren, und jede Organisation der Wirtschaft bedingt die Abkehr vom Freihandel.

Ein Mittel, das man ebenfalls augenblicklich besonders lobend preist, ist die sogenannte Valuta-Anleihe. Was die meisten Leute, die von ihr sprechen, sich unter ihr eigentlich vorstellen, ist ebensowenig klar, wie anscheinend auch die Vorstellungen, die von ihren Wirkungen existieren. In der internationalen Wechselpolitik hat diese Valuta-Anleihe immer eine große Rolle gespielt, und es unterliegt keinem Zweifel, daß es Deutschland heute eine wesentliche Hilfe wäre, wenn die Vereinigten Staaten und England oder die gesamte Einheit der Ententemächte ihm für eine geraume Zeit eine größere Anleihe zur Verfügung stellen würden. Damit wäre aber nur ein Teilproblem des Problems der Valutaanleihe gelöst. Wir würden vorläufig noch gewisse Nahrungsmittel und Futtermittel und bei aller Sparsamkeit auch einige Rohmaterialien einführen können. Für die Bezahlung dieser Einfuhren stehen uns — immer vorausgesetzt, daß die Arbeit in Deutschland wesentlich erhöht wird — Kohlenmengen, Kali und vielleicht auch ein oder das andere Fertigfabrikat zur Verfügung. Der Rest könnte überhaupt nicht bezahlt werden, wenn das Ausland bare Bezahlung verlangt. Hier wird der Kreditbeschaffung ein weiterer Spielraum bleiben. Dieser Kredit bessert an sich nicht den Stand der deutschen Valuta. Er hindert nur ein weiteres Sinken.

Diese Valutaanleihe ist aber gar nicht so leicht zu beschaffen, wie sich das ihre enthusiasmierten Anhänger vorstellen. An Deutschland wird es wahrlich nicht liegen, in hilfsbereite Hände einzuschlagen, die sich ihm vom Ausland entgegenstrecken. Aber wo sind diese Hände? Der ganze Streit um die Valutaanleihe ist ein Zank um des Kaisers Bart (wenn man dieses Gleichnis unter der Republik noch anwenden darf). Denn daran glaubt doch wohl im Ernste heute niemand, daß Deutschland heute irgend welcher Staatskredit von irgendwoher gegeben wird? Dieser Kredit muß privatwirtschaftlich fundiert werden. Wenn wirklich heute ein angesehener deutscher Großindustrieller einen Kredit von ein paar Millionen vom Auslande beschaffen kann, das sind nur Tropfen auf den heißen Stein. Die Ernsthaftigkeit der Valutaanleihe kann nur dadurch zustande kommen, daß große industrielle Gruppen sich dem Ausland gegenüber verbünden, eine Valutaanleihe aufnehmen und daß die zusammengehörigen Gruppen durch die Staatsautorität zusammengeführt werden.

Ein anderes Mittel, das vielfach in den Zeitungsdiskussionen eine Rolle spielt, ist die Stabilierung der deutschen Valuta. Solche Vorschläge sind zunächst in der Form gedacht, daß es doch richtiger wäre, die Mark auf ihren wirklichen Wert zurückzuführen. Die Anhänger dieser Pläne sagen: Wenn man von den augenblicklichen starken Ausbiegungen des Valutapendels absieht, so wird sich der Wert der Mark etwa auf 20 Pf. stellen. Es wäre deshalb am richtigsten, den heutigen Nominalwert auf den Realwert zurückzuführen und die deutschen Noten abzustempeln, so daß die Mark von 20 Pf. devalviert wird. Dadurch würde die deutsche Valuta tatsächlich wieder auf Pari gerückt. Aber, wenn es richtig ist, was ich oben sagte, daß der Preis der Valuta sich nach Angebot und Nachfrage richtet, so kann sich Angebot und Nachfrage, d. h. Export und Import, günstig gestalten, wenn das aber nicht der Fall, so würde doch damit wieder der Kursverlust beginnen. Ob nun einmal in fernerer oder nächster Zeit eine Abstempelung der Mark vorgenommen wird, kann jetzt ganz unberücksichtigt bleiben, aber in jedem Falle kann doch eine Abstempelung erst dann erfolgen, wenn ein gewisses Gleichgewicht der Zahlungsbilanz hergestellt ist.

Ein merkwürdiger Irrtum anderer Art spielt in Diskussionen oft eine sehr große Rolle. Man streitet sich viel darum, ob es richtiger ist, deutsche Waren, die nach dem Auslande verkauft werden, in fremder Valuta oder in Mark zu fakturieren. Für den Stand der Valuta ist das vollkommen gleichgültig, denn ob der Kunde des Exporteurs dort Mark kauft, oder ob der Exporteur die Forderung in fremdem Geld verkauft, das ist ganz gleichgültig. Man müßte allenfalls annehmen, daß durch die Erwerbung von Forderungen in fremder Währung die Beschaffung von Zahlungsmitteln erleichtert wird.

Nur durch Einschränkung des Imports und Erhöhung des Exports kann an eine Sanierung der deutschen Valuta gedacht werden.

Erziehung zum Taylorsystem.

Von Adrien Turel.

Mag die ganze Welt scheinbar aus Maschinen bestehen, aus Zusammenhängen von ineinander spielenden Maschinen, aus Organisationen von berechenbaren Energien, hinter den Maschinen und Organisationen steht immer der Mensch. Wenn durch das Leben, welches der betreffende Gesellschaftszustand ihm bereitet, in den Funktionen seines Organismus unüberwindliche Stauungen auftreten, so versagt der Mensch, und es stockt das Ganze. Keine Arbeitsorganisation wird auf die Dauer bestehen können, welche die Gleichgewichtsbedingungen, die Glücksbedingungen, die inneren Gesetze des Individuums nicht in einem tieferen und klareren Sinne erfaßt, als es bisher geschehen ist und geschehen konnte.

Es ist nicht meine Absicht, hier Politik zu machen. Lassen wir Kapitalismus, Bolschewismus, Diktatur und Demokratie aus dem Spiel, so bleibt doch in der heutigen Welt und im Leben aller Zeiten ein großer und greller Gegensatz übrig: die Forderung nach intensiver, straff organisierter Massenleistung und demgegenüber die Forderung nach persönlicher Freiheit. Abgesehen von aller Menschlichkeit begeht man immer den Fehler, zu vergessen, daß hinter diesen Forderungen Kräfte stehen, die man nicht ignorieren darf, wenn man nicht unübersehbare Reaktionen hervorrufen will. Der gordische Knoten läßt sich nicht so durchhauen, daß man den Menschen rücksichtslos auf Leistung auspreßt. Denn selbst, wenn er sich bis zum äußersten fügen wollte, würde er erkranken, verkrüppeln, in die Brüche gehen, und dann stände ebenfalls wieder alles still. Aber auch die Theorie wird dem Leben nicht gerecht, welche da will, daß man um der persönlichen Freiheit willen auf alle Leistungen verzichten soll, die über den persönlichen Bedarf hinausgehen. Niemand würde wirksamer die Reaktion vorbereiten, als wer den Willen der Menschheit, den Trieb der Menschheit zur intensiven Arbeit, verkennen wollte. Noch so viele Individuen mögen sich einbilden, faul zu sein, die Gesamtheit drängt immer wieder zur Arbeitsorganisation, und ohne sich vielleicht über die affektiven Antriebe klar zu werden, von denen sie sich dabei beherrschen läßt, wird sie jedes Gesellschaftssystem zerbrechen, das keine intensive Arbeitsgemeinschaft, beinahe hätte ich gesagt keine Arbeitsrauschgemeinschaft, zuläßt, das keine große, erdüberwindende Leistung gestattet.

Nicht der ist im tiefsten und fruchtbarsten Sinne Reformer, der in einseitiger Protesteinstellung das Bestehende leugnet und bekämpft und dabei blind auch jene realen Antriebe und Bedürfnisse leugnet und vergewaltigt, die auch noch hinter den unvollkommensten Einrichtungen stehen. Am besten bereitet man die Zukunft vor, wenn man den Mechanismus unseres Lebensablaufs, unserer Bedürfnisse, unseres Leistungsanreizes erfaßt und all diesen Faktoren eine bessere Betätigungsform, ein besseres Ventilsystem schafft, als wir es bisher hatten.

Wenden wir diese allgemeinen Betrachtungen auf die Probleme Taylorismus und Leistungsanreiz, Taylorismus und Lebensharmonie an, so wird ihre Fruchtbarkeit bald deutlich werden: der Taylorismus erstrebt Arbeitsintensität. Am wirksamsten wird man nun seine Mängel bekämpfen, nicht, indem man das Nichtstun preist, sondern ganz im Gegenteil, indem man nachweist, daß er, letzten Endes, der Intensivierung der Arbeit nicht förderlich ist, und daß es viel bessere Wege gibt, die natürliche Arbeitskraft, das unentrinnbare Schaffensbedürfnis des Menschen, zu leiten und zu entfesseln. Nicht das werfen wir der Arbeitsorganisation, wie man sie bisher verstand, vor, daß sie uns zu viel Arbeit abzwingt, sondern, daß sie dem Individuum die Möglichkeit nimmt, das volle Maß seiner Arbeitskraft harmonisch auszugeben.

Wenn eine Maschine, die zwei Kupfermatrizen pro Sekunde stanzen sollte, in der Leistung nachläßt und zu schüttern, zu rauchen, sich zu erhitzen beginnt, so wird jeder Ingenieur sofort den Betrieb abstellen und nicht ruhen, bis der Schaden behoben ist, d. h. bis die Energie, die fehlgeschaltet war, sich selbst aufhob und das eigene Subjekt zerstörte, wieder richtig auf nützliche Arbeit zurückgeleitet ist. Das ist selbstverständliche Energetik, Oekonomie, Rentabilitätsgefühl, also auch Taylorismus. Schön. Wo bleibt aber die konsequente Anwendung dieses Prinzips auf den Menschen? Wenn ein Arbeitender, statt harmonische, nützliche Arbeit zu leisten, sich in sich selbst verkrampft, wenn er ergraut, verhutzelt, bösartig, leidend wird, wenn er Krämpfe produziert, Fehlleistungen, Apraxie, Blödheit, Neurasthenie, wie kommt es, daß den Tayloristen nicht etwas wie energetische Wehmut überkommt, bei der Berechnung der Energie, der Kalorien, der Pferdestärken, welche da in inneren Krämpfen verlorengehen, anstatt durch richtige Schaltung und größerer Beglückung des Individuums gesellschaftsnützlich zu werden.

Man sieht: mit Sentimentalität hat diese Betrachtungsweise nichts zu tun. Wenn man Kapitalismus nicht für ein Mittel ausgibt, bei größtmöglicher Brutalität und Gedankenlosigkeit schnellstens Geld zu machen, sondern als eine Form großzügiger, sparsamer und weitschauender Organisation der Erdkräfte (einschließlich der menschlichen Kräfte selbst), so könnten sie auch von kapitalistischer Stelle ausgehen. Daß man noch nie versucht hat, diese Dinge derartig entscheidend anzupacken, liegt an der bisherigen Unmöglichkeit, den Begriff der menschlichen Arbeitsleistung richtig zu erfassen (da-

zu fehlten die wissenschaftlichen psychobiologischen Voraussetzungen).

Was ist überhaupt Arbeitsleistung? So komplizierte Fälle, wie die Arbeit eines Philosophen, die erst nach Jahrzehnten zum wirksamen Faktor sich entwickeln, lasse ich hier beiseite und halte mich an die Leistungen von Menschen nicht ungewöhnlichen Ausmaßes. Wenn ein Mensch Holz hackt oder Kohlen fördert, so sprechen wir von nützlicher Arbeitsleistung. Wenn er geistige und kämpferische Energien, mit denen er recht hoch in der gesellschaftlichen Staffel emporklimmen könnte, daran wendet, Hochstapeleien zu begehen oder Einbrüche auszuführen, so wird man noch zugeben, daß Arbeitsleistung vorliegt, die nur leider gesellschaftsfeindlich gerichtet ist. Wenn es sich nun aber um einen Lumpen handelt, der — von einzelnen Wutausbrüchen abgesehen — auf der Bärenhaut liegt, dabei aber täglich einen Liter Schnaps vertilgt, so wird man allgemein von Nichtstun sprechen wollen. Ebenso wird man den Fall eines Fressers zu begreifen geneigt sein. Es ist nun für die künftige Arbeitsorganisation (auch für die sozialistische) entscheidend wichtig festzustellen, daß diese Anschauungsweise ebenso oberflächlich wie falsch ist: einen solchen Taugenichts braucht man nicht erst zur Arbeit zu zwingen, es liegt hier schon eine Energiebetätigung vor, nur daß sie jammervoll fehlgeschaltet ist. Das ist, wenn man es recht betrachtet, auch selbstverständlich; denn leben und Arbeit leisten ist ein und dasselbe. Schon während des Wachstums und vollends nachher kann unser Organismus gar nicht anders, als einen Leistungsüberschuß über die Selbsterhaltung hinaus zu produzieren, einen biologischen Mehrwert, der irgendwie zur Geltung kommen muß.

Gesellschaftsfeindliche oder asoziale Formen der Arbeitsleistung wird man gern als Degenerationserscheinungen ansprechen. Wenn wir aber diese Degenerationen schärfer ins Auge fassen, so ergibt sich, daß es immer zugleich Atavismen sind. Vom Menschen als Kopftier führen sie in Urzeiten zurück, wo die Lebensenergie sich mehr in Verdauungs- und Gliedertätigkeit erschöpfte. Daß bei vielen Menschen die Lebenskraft so sehr die Tendenz hat, querab vom Wege in urweltlichen Formen auszubrechen, liegt zum Teil an Organminderwertigkeit (obgleich noch auszumachen wäre, was es eigentlich mit Organminderwertigkeiten auf sich hat, da selbst die Verfechter dieser im Grunde pessimistischen Theorie zugeben, daß Organminderwertigkeit gegebenenfalls in Organüberwertigkeit verwandelt werden kann). Viel häufiger dient eine minimale, leicht überwindbare Organstörung gewissermaßen nur als Vorwand zur Entwicklung eines Systems von Hemmungen, Sperrungen und Protesteinstellungen, die es nicht sowohl zu überwinden, als vielmehr aufzulösen gilt, um zu der Arbeitsintensität zu gelangen, zu der Arbeitsfreude, die der Taylorismus erstrebt, aber nicht erreichen kann, weil er, das Individuum bedrückend, die Protesteinstellungen immer noch verstärkt und somit in eine Sackgasse mündet.

Man wende mir nicht ein, daß die praktische Organisation keine Zeit habe, sich auf derartige Spitzfindigkeiten einzulassen. Niemand behauptet, daß ein fertig kristallisiertes und in gesellschaftlichem Sinne verfehltes Individuum nun im Handumdrehen zu einem musterhaften Zeitgenossen umzuwandeln sei.. Das von uns ins Auge gefaßte System wird im wesentlichen prophylaktische, d. h. vorbeugende Tätigkeit zu leisten haben, indem sie die aufwachsenden Generationen vor quälenden Mißbildungen bewahrt. Diejenigen Arbeitsorganisatoren, denen immer napoleonische Methoden vorschweben, werden vielleicht sagen, daß es gelte, Arbeit, Fertigfabrikate auf die Beine zu stellen, und daß da eben jeder Widerstand niedergeritten werden müsse. Auf solche Redensarten, welche brutal und letzten Endes in ihren Anwendungen unrentabel sind, würde ich antworten, indem ich die Tayloristen auf die Schmerzen ihrer eigenen Anfänge aufmerksam machte. Was erschien den Kurzsichtigen unsinniger, als in einem Betriebe von hundert Handwerkern statt wie bisher acht oder zehn Bureau- und Aufsichtsbeamte deren 40 bis 60 einzuführen? So viel Drohnen, so viel nicht lukrative Hände kamen ihnen ruinös vor. Erst spät erkannte man, daß diese „unproduktiven“ Kräfte lauter Arbeit leisteten, welche sowieso erledigt werden mußte, aber bisher die Zeit von hochbezahlten Arbeitskräften in Anspruch genommen hatte.. Schob man sie nun billigeren Bureaukräften zu, so lag eine bessere Arbeitsteilung, ein Organisationsgewinn vor und zugleich eine bare Ersparnis. Der Betrieb wurde rentabler, belastete aber ungeheuer viel schwerer die Nerven eines jeden. Um den dadurch hervorgerufenen, bewußten oder unbewußten Widerstand der Werktätigen zu überwinden, muß man wiederum die Aufsichtsorganisation steigern. So überklettern sich die Gegensätze bis zur unerträglichen Spannung. Angesichts der Tatsache, daß wohl auch die meisten Sozialisten überzeugt sind, daß sich auch künftig Arbeitsstaffelungen nicht werden vermeiden lassen, ist es entscheidend wichtig, ein System geistiger und seelischer Lösung zu finden, welche die Spannungsverhältnisse innerhalb des Individuums und die Spannungsverhältnisse zwischen den Individuen innerhalb einer Arbeitsgemeinschaft auf ein Minimum herabsetzen. Lauter Mißstände, unter denen nicht das Proletariat allein, sondern die Menschen insgesamt zu leiden haben. Wäre es nicht gesellschafts-organisatorisch das Rentabelste von der Welt, Menschen zu erziehen, welche innerlich weniger gehemmt und daher weniger straffer Leitung bedürfen, wo im Staat wie in den Fabriken neun Zehntel von allen Einrichtungen nur darauf berechnet sind, eben den Widerstand zu brechen, den man von vornherein als selbstverständlich in Rechnung stellt?

Was ist der Taylorismus? Eine Sparsamkeits-, eine Geizreaktion gegen namenlose

Energievergeudung. So inkommensurabel der Yankee und der Slawe erscheinen mögen, einen tiefen Berührungspunkt hatte das vortayloristische Amerika mit dem zaristischen Rußland: die „breite Natur", die Verschwendungsfreude, die sich aus dem Empfinden unerschöpflich nachquellenden Reichtums ergibt. Die ganze moderne Entwicklung dagegen zielt auf Ersparung von Kräften. Das nachrevolutionäre Rußland wird sehr viel sparsamer sein, sehr viel energetischer. In Amerika hat sich diese Geizreaktion schon längst durch den Taylorismus eingeführt. Der Taylorismus, das ist das Streben nach dem kürzesten Wege:

1. Wie kommt der Rohstoff am sparsamsten, auf dem kürzesten Wege unter dem geringsten Verzinsungsverlust zur Verarbeitung und der Reihe nach zu den einzelnen Stadien der Verarbeitung?

2. Wie spart der Arbeitgeber durch Arbeitsorganisation, durch Verkürzung des Prozesses, indem er den hochbezahlten Arbeitskräften Verrichtungen abnimmt, welche auch durch billige erledigt werden können?

3. Wie spart man die Kraft des Arbeitnehmers, indem er immer dasselbe systematisch zu verrichten hat, also den Weg von einer Tätigkeit zur anderen, die Umschaltung seines Wesens von einer Verrichtung zur anderen spart?

Dies und ähnliches mehr scheint alles prachtvoll. Allen Teilen ist mit einem Schlage geholfen: es sind hohe Löhne vorgesehen, damit der Arbeiter den nötigen Leistungsanreiz empfängt, den gleichen Griff oder die gleiche Griffolge mit Lust zu vollziehen. Und wenn die Arbeiterschaft sich instinktiv gegen den Taylorismus sträubt, so scheint sie sich gegen den eigenen Vorteil zu wehren.

Vom sozialistischen Standpunkt müßte indes zunächst gegen Punkt 3 eingewendet werden, daß die Ersparnis des Proletariers an Kraft, Bewegung und Zeit nur scheinbar sei, da man auf Grund der Erleichterung, die er bei jedem Stücke erzielt, eine viel größere Stückzahl von ihm in der gleichen Zeit erwartet.

Dieser Einwand ist wichtig, träfe aber noch nicht den Grundmangel des Taylorsystems. Denn selbst wenn der pro Tag abzuliefernden Stückzahl eine Höchstgrenze gesetzt wäre, so daß auch der strebsamste Arbeiter an Selbstschädigung durch Ueberproduktion verhindert bliebe, erschiene der Taylorismus in seinen bisherigen Formen kaum um einige Grad weniger verbesserungsbedürftig. Und zwar nicht nur vom Standpunkte des Proletariats, sondern vom Standpunkte richtig verstandener Organisation überhaupt.

Es ist eine uralte Weisheit, daß man das mit Beschwerde tut, was man tun muß. Bebel in seinen Memoiren erzählt, wie er auf der Festung mit Haftgefährten Mist gefahren habe. Und er knüpft daran die Betrachtung, wie sehr diese Tätigkeit sie gewurmt haben würde, wenn sie dazu gezwungen gewesen wären. Man betrachte einen Angler, der, am rheumatismusdrohenden feuchten Ufer, ruhevoll nach seinem Pfropfen sieht, und man überlege, welchen Protesttatterich, welchen Schreibkrampf sozusagen und welche gesundheitlichen Beschwerden er davon haben würde, wenn man ihn zwänge, halbe Tage mit dieser Unbeweglichkeit auszufüllen. Vermögen doch die meisten Menschen nicht, die Hand auf Kommando eine Minute lang geradeaus in die Luft gestreckt zu halten. Und ebenso unerträglich wie die befohlene Ruhe ist die befohlene rhythmisch gleichmäßige Tätigkeit. Eine scheinbare Ausnahme machen die Fälle, wo es gelingt, den Menschen durch taktmäßige rhythmisierte Bewegungen gewissermaßen zu berauschen. Dann gibt er sich scheinbar völlig willenlos hin. Früher oder später aber tritt notwendigerweise die entsprechende Willensreaktion ein, das Streben nach Autonomie. Es ist bekannt, daß das Ticken einer Uhr, das Austropfen von Wasser zur raffiniertesten Tortur werden kann (wie die Chinesen sie ausgebildet haben), sobald der Zuhörer dabei in protesterweckender Weise gefesselt wird. Es ist nun der Grundfehler unserer auf Sensationen, auf Extreme gerichteten Betrachtungsweise, daß wir es verabsäumen, zu untersuchen, in welchem Sinne unser ganzes Dasein, der Betrieb unserer Großstädte und Fabriken von entsprechenden Phänomenen durchsetzt und beherrscht wird. Uns allen sind Menschen bekannt, die es nicht ertragen, wenn während ihrer Arbeit eine Uhr im Zimmer tickt. Dergleichen konstatiert man, stellt vielleicht fest, der Betreffende sei neurasthenisch und arbeitet dagegen mit den illusorischen Mitteln der Sommerfrische oder mit der Forderung auf Willensherrschaft über sich selbst. Weiß man denn, daß aus zwei oder drei solchen Indizien die ganze Stellung des Betreffenden zur Gesellschaft diagnostisierbar wird? Seine Haltung zu Vater und Mutter, zum Patriarchat, zur Autorität, zu Kapital und Sozialismus? Weiß man, daß ein solcher Mensch ganz bestimmte Verdauungserscheinungen haben muß, daß er immer Schwierigkeiten haben wird, die Freiheit anderer anzuerkennen? Und weiß man, daß diese seelischen Affekteinstellungen auf Protest durch die sogenannte Psychoanalyse zu beheben sind, so daß der Betreffende wieder fähig wird, inmitten von rhythmischen und sogar musikalischen Störungen wieder zu arbeiten?

Ich habe schon auf die Bedeutung dieser Dinge für die Bewußtseinsfunktionen und für die Intelligenzleistung hingewiesen. Hier möchte ich auf die unübersehbare Bedeutung dieser Zusammenhänge für die praktische Arbeitsorganisation hinweisen. Natürlich muß das breiter fundiert und in eine allgemeine soziologische Anschauung eingefügt werden. Was mir aber vor allen Dingen wichtig erscheint, ist die Anbahnung lebendiger Fühlungnahme mit Arbeitern und Arbeitsleitern, damit aus dem Bedürfnis heraus brauchbare Methoden entstehen können.

Das Beste am Taylorismus sind vielleicht seine Arbeitvorbereitungen, die systematische Disposition vor dem Produktionsprozeß, so daß dessen einzelne Phasen harmonisch ineinandergreifen. Schon da wirken die Protesteinstellungen und Hemmungen der

Arbeitenden hindernd. Denn gegen jede Systematisierung sträubt sich der Mensch. Das wird nicht auf allen Gebieten gleich deutlich. Besonders aufgefallen sind mir diese Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Films. Der Produktionsweg dieser Industrie, die sich noch in ihren Flegeljahren befindet, wird maßlos erschwert durch die Ungebärdigkeit des Menschenmaterials, auf das sie angewiesen ist. Es mag nun sein, daß der klassenbewußte Metallhandwerker es weit von sich weisen wird, mit dem reizbar eitlen und etwas windigen Volke der Kinodarsteller verglichen zu werden.. Aber damit kommen wir für die Erkenntnis der allmenschlichen seelischen Gesetzmäßigkeiten wirklich nicht weiter, wenn jede Klasse auch fernerhin darauf beharrt, unter ihren ganz besonderen Naturgesetzen zu leben. Der Schauspieler, der sich dagegen sträubt, daß sein Spiel vom Regisseur im Sinne einer Gesamtwirkung gegängelt wird, und der alte Werkmeister, der jeder Neuerung auf seinem Gebiete mehr als skeptisch gegenübersteht, sind viel verwandter in ihren seelischen Mechanismen als ihr Aeußeres erraten ließe. Beide haben sie recht, sobald und sofern sie ihr gesichertes Können gegen leichtfertige Einbrüche schützen, aber sie verraten krankhafte Gereiztheit, wenn sie in Selbstbehauptung um jeden Preis alles Neuartige einfach aus ihrem Hirnbereich aussperren.

Nicht ohne Absicht habe ich hier diese gefährliche Parallele zwischen Industriearbeiter und Kinodarsteller gewagt. Es könnte der Verdacht aufkommen, als seien die hier besprochenen Protest- und Sperrungsmechanismen reine Angelegenheiten der Intellektuellen, mit denen die Urwüchsigkeit des Proletariats nichts zu schaffen hat. In mindestens 30 oder 40 Fällen habe ich Gelegenheit genommen, mit Arbeitern darüber zu sprechen, und habe die entsprechenden Mechanismen aufdecken können, sobald nur der Gedankeninhalt von der Belastung einer allzu gelehrten Terminologie befreit war.

Wenn man uns das Wesen zeigen wird, das nicht von Vater und Mutter stammt, nicht verdaut und weder Liebe noch Haßbedürfnis hat, dann werden wir ihm auch im übrigen andere fundamentale Seelenfunktionen zubilligen als den übrigen Sterblichen. Bis dahin behaupten wir, daß jeder Mensch auf Zwang mit Protest reagiert, und daß dieser Protest für die Gesellschaft und für ihn selbst schädlich ist, weil er fast immer über das Maß der berechtigten Abwehr hinausgeht, und weil er den Betreffenden selbst in Renitenz erstarren läßt, so daß er die Herrschaft und die Uebersicht verliert. Einen gewaltigen Unterschied bedeutet es, ob man fremde Anregungen durchdenkt und sich dann kaltblütig weigert, den Dummen abzugeben, oder ob man vor lauter Angst, in Nachteil zu geraten, die Fähigkeit verliert, überhaupt zu begreifen, worum es sich handelt. Diese Form der Sperrung, die den Menschen unbrauchbar und tatsächlich inferior macht, wurzelt immer in uneingestandenen Minderwertigkeitsgefühlen, die sich leicht aus proletarischer Abstammung und Verhältnissen ergeben, die aber in bürgerlichen Kreisen kaum weniger häufig sind. Wenn man diese Sperrungen behebt, so ist damit keineswegs gesagt, daß man unbedingt biegsame und gefügige Menschen erhalten wird. Sicher aber erzielt man mit einer sicheren und daher weniger gefährlichen Art des Selbstbewußtseins eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Betreffenden.

Es dürfte nun ohne weiteres spürbar sein, wie mit diesen Hemmungsmechanismen, mit diesen mühsam übertäubten Minderwertigkeitsempfindungen, mit diesen ganzen subalternen Wesen im höchsten Grade die Fehlleistungen zusammenhängen, die sich bei Leistungsstudien und überhaupt unter Examensdruck ergeben. Nicht die schlechtesten Schüler und nicht die unbegabtesten Arbeiter werden es sein, die unter Druck mit Protest reagieren, fehlgreifen und daher gegen das Taylorgesetz des kürzesten Weges verstoßen. Das Wesen der Fehlleistung, der Apraxie (Unfähigkeit, eine Willensregung in die Tat umzusetzen), muß aber als die Wirkung seelischer Hemmungsmechanismen verstanden werden, welche mit dem großen Problem der Impotenz zusammenhängt; sonst bleibt es ein Rätsel. Wenn beispielsweise einem Arbeiter das Material auf einem Schrägbrett immer in kürzester Reichweite nachrutscht, so scheint es, als müßte schon die reine Faulheit den tayloristisch richtigen, also den kürzesten Griff sichern. Wie will man es erklären, daß dieser Griff erst antrainiert werden muß, daß der Arbeiter dazu neigt, weit auszugreifen und das Material von oben oder von irgendeiner manchmal recht unwahrscheinlichen Stelle fortzunehmen? Darin äußern sich die gleichen Hemmungen, die auch das Versprechen, das Stottern, die Druckfehler usw. verschulden. Aus einer neuartigen Schulung des Empfindungsmechanismus heraus, aus einer Erziehung der Menschheit zur Beherrschung ihrer physischen, psychischen und vasomotorischen Schaltung müssen wir eine Sparsamkeit, eine Harmonie der Bewegungen erreichen, nicht, wie bisher, durch Drill von außen nach innen.

Ist es doch keineswegs naturgemäß, daß man immer von neuem auf falsche Bewegungen verfällt. Bei den Tieren sehen wir wohl durchweg, daß sie, wenn sie die rechte Bewegung einmal gelernt haben, sie automatisch immer wieder — gewissermaßen als Reflexbewegung — anwenden. Im Rahmen dieses Aufsatzes muß ich es mir leider versagen, auszuführen, wie die Minderwertigkeit des Menschen auf diesem Gebiete gerade mit seiner höheren Organisation, mit der Polarisation seiner linken Gehirnhälfte zusammenhängt. Es muß mir genügen, wenn ich spürbar gemacht habe, daß die entscheidende Förderung und Verwandlung des Taylorismus von einer höheren Schulung und Lösung der Werktätigen abhängig ist.

Der damit angebahnten Sache wäre von vornherein maßlos geschadet, wenn das Proletariat den Eindruck bekäme, daß dahinter eine Teufelei, eine neue raffinierte Form der Ausbeutung steckt. Davon ist gar keine Rede. Nichts, was den Menschen

zum Herrn seiner seelischen Mechanismen macht, kann zu seiner Knechtung dienen. Im Gegenteil. Je mehr Antriebe in uns wirksam sind, von denen wir selbst nichts wissen, desto eher werden wir gezwungen werden, mit unserem Willen abzudanken und uns blindlings einer fremden Führung anzuvertrauen, die uns vor der eigenen Unberechenbarkeit schützt. Wenn wir die Fehlleistungen, die Fehlschaltungen eines Arbeiters analysieren und ihn so von den Sperrungen befreien, die nicht nur seine Arbeitsfähigkeit, sondern das ganze Spiel seiner Persönlichkeit lahmlegen, so sichern wir nicht nur die Gesellschaft vor atavistischen Ausbrüchen seiner Energie, wir gewinnen nicht nur einen gemeinnützigen Lebensgenossen an ihm, wir beglücken und befreien ihn auch selbst.

Das sind nicht die Mittel, mit denen die vielgerühmte Fügsamkeit des chinesischen Kulis gezüchtet wird. Die chinesische Kultur ist gegenwärtig Mode bei den verschiedensten Parteien. Unternehmer sehnen sich nach der geduldigen Leistungsfähigkeit des chinesischen Tagelöhners, unsere Militaristen und Eugeniker drohen uns mit der unerschöpflichen, aus sich heraus wachsenden Kraft dieser Rassen, unsere Sozialisten unpraktischer Richtung liebäugeln mit den Verzichtlehren Lao-Tse. Und wenn wir sehen, welche Lebenszähigkeit, welchen Grad von Immunität gegen Entbehrungen der chinesische Mensch erreicht, so ist es über jeden Zweifel erhaben, daß da etwas ist, was uns fehlt. Aber man muß sich doch stets über die Methoden klar bleiben, über den unerhörten geistigen Drill, mit dem die chinesische Kultur den Menschen zur Biegsamkeit knetet. Jahrelang lernen da die Kinder altchinesische Texte, die sich von ihrer lebendigen Sprache so unterscheiden wie das Lateinische vom Französischen, auswendig, ohne sie zu verstehen. Mit solchen Mitteln werden den Zöglingen alle geistigen Knochen im Leibe zu kautschukartiger Biegsamkeit zerschlagen. Werden wir zu ähnlichen Methoden greifen müssen?

Es ist unsere feste Ueberzeugung, daß die hier und in anderen Arbeiten von mir skizzierten Methoden intensiver analytischer Erziehung fähig ist, ein Geschlecht zu erziehen, welches menschlich und leistungstechnisch zugleich höher steht als der von Feminismen und heimtückischen Sadismen keineswegs freie Chinese.

Freilich ist das eine große und weitausschauende Arbeit. Die Pillen sind noch nicht erfunden, durch deren Einnehmen man in Halbstundenfrist zum autonomen und zu gleicher Zeit zum selbstbeherrschten Menschen wird.

Kreditgewährung durch Genossenschaftsbanken.

Neue Vorschläge.

Von Dr. **Albert Hauff**, Berlin-Halensee.

Die Gewährung von Darlehen durch Genossenschaftsbanken wird abhängig gemacht von der Stellung von Sicherheiten, die entweder in realen Unterlagen oder in Bürgschaften bestehen können. Bei realen Unterlagen ist die Erledigung des Kreditantrages im allgemeinen einfach. Dagegen wird die Sache schwieriger, wenn der Kreditsucher auf die Stellung von Bürgen angewiesen ist. Nach der jetzt gebräuchlichen Form der Bürgschaftserklärung schwebt die gegebene Bürgschaft stets wie ein Damoklesschwert über dem Haupt des Bürgen, denn der Kreditnehmer kann, selbst wenn er den besten Willen zur Zahlung der Amortisationsquoten und der Zinsen hat, doch durch irgendwelche widrigen Umstände außerstande gesetzt werden, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Dann verliert der Schuldner das Recht der allmählichen Abtragung seiner Schuld, dieselbe wird fällig und der Bürge kann nun zur sofortigen Zahlung der gesamten verbürgten Summe herangezogen werden, was für denselben unter Umständen einen schweren Schlag bedeutet, vor allem, wenn die Zahlungseinstellung des Schuldners unerwartet kommt. Aber selbst wenn der Kreditsucher trotz der geschilderten Umstände einen, oder, wie die meisten Banken es verlangen, zwei Bürgen gefunden hat, so bleibt immer noch die Frage offen, ob die Bank diese als vollwertig anerkennt, denn der Genossenschaftsbank darf es unter den heute gültigen Darlehnsbestimmungen nicht genügen, festzustellen, daß der Bürge finanziell nicht schlecht dasteht oder daß er ein ehrlicher, seinen Verpflichtungen bisher stets gerechtgewordener Mann ist, sondern sie muß die Sicherheit haben, daß er im Notfall die gesamte verbürgte Summe auch wirklich aufbringen kann. Ist diese Bedingung erfüllt und das Geschäft zustandegekommen, so bleibt für die Bank das Risiko bis zur Rückzahlung der gesammten Schuld trotz der Bürgschaft doch bestehen, denn erstens kann die Verwaltung trotz aller Vorsicht sich in der Bonität der Bürgen getäuscht haben, was besonders in größeren Orten angesichts der Unzuverlässigkeit der Auskunftsbureaus sehr oft der Fall ist und auch nicht anders sein kann, weil eine unbedingt zuverlässige Auskunft eine Unmöglichkeit vorstellt — die Auskunfteien selbst geben das zu, indem sie ihre Berichte ohne Obligo erteilen —. Und zweitens ist selbst der zahlungsfähigste Bürge trotz ehrlichster Arbeit vor Vermögensverfall nicht gesichert. So kommt ganz unleugbar das Moment der Unsicherheit in den Betrieb der Genossenschaftsbanken, wodurch das kapitalkräftige Publikum von dem Verkehr mit diesen Instituten abgehalten wird. Man sieht in den Genossenschaftsbanken nur die Geldquelle des minder- oder unbemittelten Mannes, der aus Mangel an Sicherheiten nur mit diesen und nicht mit den größeren Banken verkehren kann, —

daß auch die Geringfügigkeit des Geschäfts den Verkehr mit den letzteren ausschließt, wird dabei nicht in Erwägung gezogen — und erblickt in der, im allgemeinen nur durch Bürgschaften erfolgten Deckung der Kredite einen Risikokoeffizienten, dessen Höhe man nicht zu ermessen vermag und dem man aus dem Wege geht, indem man sich von dem geschäftlichen Verkehr mit den Genossenschaftsbanken fernhält. Selbstverständlich gilt das nicht für alle derartigen Institute, denn es gibt Genossenschaftsbanken mit großen Depots auch von Personen, die nicht zu den Kreditnehmern derselben gehören. Aber der weitaus größte Teil dieser Banken krankt an dem Mangel an Depositengeldern und kann daher durchaus nicht die wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllen, die diesen Instituten in Wirklichkeit zukommt. Deswegen wäre es von außerordentlichem Wert, wenn Mittel und Wege gefunden werden könnten, den Genossenschaftsbanken, die trotz aller Schwierigkeiten dank der energischen und zielbewußten Arbeit des Mittelstandes und seiner Vertreter in sehr großer Zahl in Deutschland bestehen, eine günstigere Art der Kreditgewährung zu ermöglichen. Ein solcher Weg ist vorhanden, wie die folgenden Zeilen beweisen werden.

Der Zweck der Genossenschaft ist die Befriedigung des Kreditbedarfs der einzelnen Genossen durch Ausnutzung des gemeinsamen Kredits. Oberster Grundsatz müßte dabei sein, daß die Allgemeinheit nicht Schaden erleiden darf durch den etwaigen finanziellen Zusammenbruch eines einzelnen oder einiger weniger Genossen. Leider ist das aber bei der heutigen genossenschaftlichen Kreditgewährung nicht ganz zu vermeiden. Stellt ein Mitglied seine Zahlungen ein, so erleidet die Bank Verluste in barem Geld oder, was noch schlimmer ist, sie wird an den Zentralkreditstellen einer größeren Zurückhaltung gegenüber ihren eigenen Wechseln begegnen, falls derartige Zusammenbrüche unter ihren Mitgliedern mehrfach vorgekommen sind, oder aber sie wird, falls die Bürgen nicht zahlen wollen oder können, in langwierige Prozesse verwickelt werden, die im besten Falle sie auf einige Zeit der vertraglich abgemachten Teilzahlungen verlustig gehen läßt, was bei kleinen Instituten oft recht unliebsam sich bemerkbar machen wird. Es muß daher der Hauptzweck der Reform des genossenschaftlichen Kreditwesens der sein, zu erreichen, daß die Genossenschaftsbank stets unbedingt auf den Rückfluß der von ihr ausgeliehenen Gelder rechnen kann, und zwar zu einem fest bestimmten Termin und ohne Prozeß oder sonstige Verzögerung auch für den Fall, daß Schuldner und Bürgen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Dieser Hauptzweck wird erreicht durch ein System von drei Banken, welches besteht aus

1. einer Genossenschaftsbank,
2. einer Lebensversicherungsbank,
3. einer genossenschaftlichen Garantiebank.

Das Mittel zum Zweck ist die Lebensversicherung. Dieselbe hat schon bisher im Kreditgeschäft eine große Rolle gespielt, dabei aber zur wesentlichen Verteuerung desselben beigetragen, denn der Schuldner mußte zahlen 1. die Kapitalzinsen und sonstigen Spesen, 2. die Amortisationsquoten, 3. die Lebensversicherungsprämien. Der heutige Vorschlag geht nun dahin, daß der Schuldner eine Versicherung auf den Erlebensfall, zahlbar spätestens nach zehn Jahren oder, falls er während dieser Zeit stirbt, sofort nach seinem Tode, zugunsten der Genossenschaftsbank abschließt, und daß das ihm gewährte Darlehn durch den Anfall der Versicherung getilgt wird. Damit wird der Schuldner von der Zahlung der Amortisationsrate befreit und er ist nur verpflichtet, die Zinsen und Spesen und die Prämien zu entrichten. Zur Sicherheit dafür, daß diese pünktlich gezahlt werden, stellt er die Bürgschaft der Garantiebank, die er dadurch erhält, daß er durch einen, bei Erhalt des Darlehns sofort abzuziehenden Betrag von 3% der entliehenen Summe Genosse der Garantiebank wird und derselben einen Bürgen stellt.

Die Vorteile des neuen Systems lassen sich nach verschiedenen Seiten hin verfolgen. Was zunächst die Genossenschaftsbank betrifft, so kann dieselbe nunmehr fest und unbedingt auf den Eingang der ausgeliehenen Gelder zu einem bestimmten Termin rechnen. Bisher war zwar auch durch die Darlehnsverträge ein Termin festgesetzt, bis zu dem die gesamte Schuldsumme amortisiert sein sollte, aber die Wechselfälle des Lebens konnten bei Schuldner und Bürgen hindernd eingreifen und selbst trotz des besten Willens ein Einhalten des Termins unmöglich machen. Nach dem neuen System fällt dieser Koeffizient der Unsicherheit weg. Wenn die Prämien pünktlich entrichtet werden, so muß die Versicherung zur vorher bestimmten Zeit der Darlehnsbank zufallen. Und für die pünktliche Zahlung bürgt nicht mehr eine Einzelperson, sondern eine Genossenschaft, deren Bürgschaft vollwertig ist; denn es kann bewiesen werden, daß im Gegensatz zu der allgemeinen Ansicht das Geschäft einer solchen genossenschaftlichen Garantiebank nicht allein sicher, sondern auch sehr lukrativ ist. Mit dem Fortfall des Risikokoeffizienten bekommt die Genossenschaftsbank klare Bücher. Sie hat auch keine faulen Schuldner mehr, sondern nur vollwertig gedeckte Forderungen. Denn wenn ein Schuldner nicht mehr in der Lage ist, Zinsen und Prämie zu zahlen, so springt für denselben sofort die Garantiebank ein. Sie setzt die fälligen Zahlungen fort, erhält dafür von der Darlehnsbank die Forderung an den Schuldner überwiesen und macht nun ihre Rechte gegen diesen und den Bürgen geltend, während die Darlehnsbank von Prozessen vollkommen befreit bleibt. Alle diese Tatsachen vereint sind für den finanziellen Ruf der Genossenschaftsbank und für ihre eigene Kreditwürdigkeit von außerordentlichem Wert und erleichtern ihr die Anschaffung von Betriebskapitalien und die Heranziehung von Depositengeldern, was wiederum dem Kreis ihrer Genossen zugute kommt. Das neue System erreicht

also das Ziel, die Gesamtheit nicht durch das Schicksal des einzelnen leiden und die Genossenschaft von dem Zusammenbruch einzelner Genossen unberührt zu lassen.

Auch dem Schuldner bietet das neue System große Vorteile. Ganz abgesehen davon, daß dasselbe die Möglichkeit zeigt, selbst ohne das Vorhandensein besonderer Sicherheiten von der Stellung von Bürgen abzusehen, nach dem Grundsatz der genossenschaftlichen Selbsthilfe, worüber in späteren Aufsätzen gesprochen werden wird, besteht die Tatsache, daß sowohl der Schuldner als auch der Bürge niemals zur sofortigen Zahlung des gesamten entliehenen oder verbürgten Kapitals gezwungen werden können, sondern stets nur zur Entrichtung der jeweilig fälligen Zinsen und Prämien. Die Auswahl der Bürgen ist daher größer und kann nach anderen Gesichtspunkten vorgenommen werden. Ebenso vermag das Kreditgesuch selbst entgegenkommender behandelt zu werden; denn die Belastung, die der Schuldner nunmehr auf sich zu nehmen hat, ist um die Amortisationsquote vermindert. Und das ist sehr wesentlich; denn da die Schuld nach den Bestimmungen der Genossenschaftsbanken im allgemeinen in drei Jahren getilgt werden soll, so sind die Raten nicht unbedeutend, während die Lebensversicherungsprämien erst in zehn Jahren das versicherte Kapital ergeben sollen. Ein noch wesentlicherer Vorzug des neuen Systems ist die weitere Tatsache, daß die Darlehnsbank zwar den entliehenen Betrag durch den Anfall der Versicherung voll zurück erhält, daß aber der Schuldner diesen Betrag nicht voll an die Versicherungsgesellschaft einzahlt; denn er ist wie jeder andere Versicherte am Gewinn der Gesellschaft beteiligt und erzielt dadurch eine allmähliche Herabsetzung seiner Prämien, wodurch er mindestens ca. 12% an der Einzahlung auf die versicherte Summe spart. Beträgt diese z. B. 10 000 ℳ, so würde er also im Laufe der Versicherungszeit durch die Prämien nur ca. 8800 ℳ entrichten und trotzdem 10 000 ℳ ausgezahlt erhalten, d. h. auf eine entliehene Summe von 10 000 ℳ nur 8800 ℳ zurückzahlen, und trotzdem den Gläubiger, d. h. die Genossenschaftsbank, voll befriedigen, — eine Ersparnis, die niemand schädigt und die daher doppelt eingeschätzt werden muß.

Man wird nun dem neuen System vielleicht entgegenhalten, daß eine Genossenschaftsbank nicht zehn Jahre auf den Rückfluß verliehener Kapitalien warten, und daß sie, um flüssig zu bleiben, auf die vierteljährlichen Amortisationsquoten nicht verzichten kann. Das ist richtig. Aber die Flüssigkeit einer Bank ist auch durch gute Wechsel gesichert, und die Wechsel bleiben nach dem neuen System der Genossenschaftsbank erhalten. Sie sind aber wertvoller als die bisherigen; denn als Bürge erscheint auf denselben nicht mehr eine einzelne Person. sondern die genossenschaftliche Garantiebank. Ueber die Einzelheiten des Wechselverkehrs und über die sonstigen Hilfen, die in der Garantiebank und in dem Bestehen der Versicherung für die Genossenschaftsbank gegeben sind, wird bei späterer Gelegenheit eingehend gesprochen werden. — Weiter wird vielleicht eingewandt werden, daß das neue System zu kostspielig für den Schuldner arbeite. Demgegenüber sei auf die erwähnte Ersparnis bei der Kapitalrückzahlung hingewiesen, und auf die Tatsache, daß durch die Eigenart des neuen Systems sich auch noch weitere Ersparnisse ergeben, so daß die genossenschaftliche Kreditgewährung sich künftig billiger gestalten wird als bisher. Auch dem Einwand der Kompliziertheit des neuen Systems ist leicht zu begegnen. Schon die bisherige genossenschaftliche Kreditgewährung kannte vier Parteien, nämlich die genossenschaftliche Darlehnsbank, die Lebensversicherungsbank, die Bürgen und den Kreditnehmer. Bei dem neuen System tritt die Garantiebank hinzu. Dafür ist das System aber mit so vielen Vorzügen ausgestattet, daß die Vermehrung um eine Partei gar nicht in Betracht kommt. Außerdem würde sich bei allgemeiner Einführung des neuen Systems die Gründung von Zentrallebensversicherungsgesellschaften und Zentralgarantiebanken empfehlen, was erstens für die Genossenschaftsverbände ein günstiges Geschäft und zweitens für die Organisation der Kreditgewährung eine beträchtliche Vereinfachung bedeuten würde.

Revue der Presse.

Als ein Merkmal für die wachsende Beachtung, die die

Entwertung der Mark

findet, ist es zu betrachten, daß die Besprechungen über die Valutafrage in den Zeitungen mehr und mehr aus den Handelsteilen auch auf die politischen Teile übergreifen. In der „Frankfurter Zeitung“ (6. September) wird im Anschluß an die Meldung, daß auch in der Schweiz sich die Stimmen mehren, die eine Beschränkung der Einfuhr aus den Ländern mit tiefer Valuta durch Verbote oder außerordentlich hohe Einfuhrzölle fordern, auf die internationalen Konsequenzen der Valutaentwertung hinweisen, die, wenn auch in verschiedenem Grade, alle bis vor kurzem kriegführenden europäischen Staaten betrifft. Die naturgemäße Beseitigung der Ursache der vorhandenen Schwierigkeit wäre nicht schärfere Absperrung, sondern gemeinsame Maßregeln der Völker, die Valuten wieder wenigstens einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen. An dieser Aufgabe muß ganz Europa mitarbeiten und es vermag diese Aufgabe ohne die Vereinigten Staaten, wie die Dinge heute liegen, nicht zu lösen. Die schwierige Periode der Nachkriegswirtschaft verlangt eine internationale Valutaregelung. Die gutsituierten Staaten müssen

Kredithilfe an diejenigen leisten, deren Valuten sich in Bedrängnis befinden. Frankreich und Italien vermögen ebensowenig wie Deutschland ihre wirtschaftliche und finanzielle Lage ohne großzügige Kredithilfe zu konsolidieren. — In der „Vossischen Zeitung“ (17. September) wird besonders darauf hingewiesen, daß eine Besserung der deutschen Valutaverhältnisse unmöglich erscheint, solange es nicht gelingt, mit den Besatzungsländern der rechtsrheinischen Gebiete eine Verständigung über die Wiederherstellung fester Zollgrenzen zu erzielen. Ohne planmäßige Kontrolle des Außenhandels, vor allen Dingen ohne Verhütung der Ueberschwemmung mit Luxusartikeln über die offenen Grenzen im Westen, ist nicht daran zu denken, daß der Zerrüttung des Markkurses Einhalt geboten werden kann. In dem Grade der Abwärtsbewegung der Mark spiegelt sich neben den Kriegsfolgen auch die Planlosigkeit unserer Wirtschaftsführung nach dem Kriege wieder. — Auch im „Berliner Tageblatt“ (17. September) wird unter einer Verwahrung dagegen, daß der Niedergang der Valuta als ein Argument für die Planwirtschaft verwendet werde, betont, daß es keinem Zweifel unterliegen könne, daß wir auf eine Kontrolle unseres Außenhandels zurzeit und für eine gewisse Zukunft noch nicht verzichten können. Angestrebt werden muß die möglichste Generalisierung der Aus- und Einfuhrgenehmigungen und Verbote nach Warengruppen. Die Einfuhr von Luxusartikeln muß möglichst verhindert werden, bei der Einfuhr von Halbfabrikaten muß das Einfuhrbedürfnis von Fall zu Fall geprüft werden. Aber die Einfuhr von Rohstoffen für unsere Weiterverarbeitung muß auch für die Privatwirtschaft soweit wie möglich erleichtert werden. Die Freihandelsexperimente, die man mit dem Hafer und dem Leder gemacht hat, haben gezeigt, daß die Zeit für die Ueberleitung unserer Blockadewirtschaft auf Weltmarktverhältnisse noch nicht reif ist, und daß eine geregelte Uebergangswirtschaft auch von denen als notwendig anerkannt werden muß, die eine für die Dauer bestimmte Planwirtschaft ablehnen. — Im Zusammenhang mit der Valutaentwicklung bespricht die „Freiheit“ (18. September) die

Katastrophenhausse

an der Berliner Börse. Die Bedeutung der Börse als ein notwendiges Instrument der Volkswirtschaft unter der kapitalistischen Ordnung kann nicht geleugnet werden. Aber schon seit geraumer Zeit hat der Börsenbetrieb eine Entwicklung gezeigt, die seine Kennzeichnung als Spielklub wohl rechtfertigt. Während sich Deutschland unter den furchtbaren Paragraphen des Versailler Friedens windet, herrscht an den deutschen Börsen eine Hochkonjunktur, die alles unter der kapitalistischen Ordnung bisher dagewesene in den Schatten stellt. Kurssteigerungen von 50% innerhalb weniger Minuten bilden eine alltägliche Erscheinung. Die Anteile der Pomonadiamantengesellschaft sind in wenigen Tagen um 2000% gestiegen. Im Mittelpunkt des Börsentreibens stehen die Auslandswerte, für die die Vorliebe entsprechend der Entwertung der Mark wächst. Man könnte freilich sagen, daß die Börse für diese Entwertung nicht verantwortlich sei, und daß sie nur von ihrem Recht Gebrauch macht, die daraus sich ergebenden Vorteile auszunützen. Nicht über die Moral der Börsenbesucher ist zu reden, sondern über die Unfähigkeit der Regierung, welche es zuließ, daß diese Milliardengewinne von der Spekulation eingeheimst werden, statt sie den Einfuhrbedürfnissen der Gesamtheit nutzbar zu machen. Die Verständnislosigkeit der Regierung geht aus einer amtlichen Erklärung hervor, daß die Regierung nicht einmal die Möglichkeit gehabt hätte, die schon vor Jahresfrist beschlagnahmten Beträge an ausländischen Wertpapieren im Auslande zu verwerten. Dabei wird in den Berichten der Handelszeitungen täglich als Grund für die Aufwärtsbewegungen von Auslandswerten angegeben, daß Kaufaufträge vom Ausland für diese Papiere erteilt worden sind. Die Bewegung geht anscheinend immer weiter. Die Börse hat ein unerschütterliches Vertrauen, daß man sie auch weiterhin gewähren läßt. Allerdings hat sie selbst in einer bemerkenswerten Anwandlung von Selbsterkenntnis die derzeitige Bewegung eine Katastrophenhausse genannt. Was aber tut die Regierung? Während das Haus schon in hellen Flammen steht, beruft sie einen Sachverständigenrat ein, der über das beste System von Feuerspritzen beraten soll. — Ueber die Bedeutung, die auch für die Valutafrage

die Prämienanleihe am Weltmarkte

haben kann, äußert sich in der „Vossischen Zeitung“ (18. September) der frühere amerikanische Vizegeneralkonsul in Frankfurt a. M., Simon W. Hanauer. Er glaubt, daß die Ausgabe einer großzügigen Prämienanleihe nicht nur die innere finanzielle Bedrängnis Deutschlands vermindern könnte, sondern daß sie auch auf das Ausland Reiz ausüben könnte. Durch geschmackvolle Ausstattung, leicht verständliche Aufstellung des Textes in allen Hauptsprachen und durch stetige Propaganda würde mit der Zeit die deutsche Prämienanleihe die Eigenschaft eines Weltwertpapieres erlangen können. Da auch in Frankreich der Plan einer Prämienanleihe erörtert wird, sollte die deutsche Regierung nicht zaudern und zuerst ihre Prämienanleihe auf den Weltmarkt bringen. Unter den Hilfsmitteln, die Deutschlands politische und wirtschaftliche Lage erfordert, ist die Heranziehung von fremden Kapitalkräften dringend nötig. — Noch weit schlimmer als die deutsche Valuta ist die österreichische Krone auf den Auslandsmärkten entwertet. Ueber die Rückwirkung zwischen

Kronenentwertung und Preisbildung

schreibt die „Neue Freie Presse“ (14. September), daß Deutsch-Oesterreich auf dem Devisenmarkte einen Verzweiflungskampf um die Beschaffung von Zahlungsmitteln zur Begleichung der notwendigsten Einfuhr kämpfe. Darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben, daß die Kunde von den erschreckend hohen Devisenkursen auch in Kreise

gedrungen ist, die über fremde Zahlungsmittel niemals im Leben Lehrkurse gehört haben. Abenteuerliche Preisgestaltungen im Inlande für Genuß- und Gebrauchsartikel, selbst wenn sie in gewissen Fällen in genügenden Mengen vorhanden sind, werden kühn mit dem Hinweis auf die Verschlechterung unserer Valuta begründet. Eine Fahrt mit dem Einspänner endet in zahlreichen Fällen in einem Diskurs, in welchem Taxüberschreitung mit der Züricher und Amsterdamer Notierung in Verbindung gebracht wird. Eine besondere Gefahr droht aus dem Friedensvertrag, der dem österreichischen Schuldner die Verpflichtung auferlegt, seine Kronenschulden an das feindliche Ausland in der fremden Valuta zu regulieren. Bei dem gegenwärtigen Stande der Valuta ist diese Vertragsbestimmung ganz unerfüllbar. Oesterreich braucht in erster Linie einen Auslandskredit, um das bescheidenste Leben zu fristen, und erst wenn dieser Bedarf gedeckt ist, kann an eine Abbürdung der Vorkriegsschulden gedacht werden. — Für den

Wiederaufbau der deutschen Baumwollindustrie

ist die Frage der Finanzierung der Baumwolleinfuhren von entscheidender Bedeutung. In der „Vossischen Zeitung" (10. September) wurde eine Meldung der New York Times wiedergegeben, nach der ein Plan entworfen worden ist, eine besondere Baumwollbank in Bremen zu gründen; diese Bank soll unter Kontrolle der amerikanischen Regierung und einer amerikanischen Finanzkorporation stehen. Das Kapital der Bank soll 300 Mill. Mark betragen und aus Schuldverschreibungen der Städte Köln, Bremen, Hamburg und Danzig bestehen. Die Bank würde alle Bauwollsendungen in Empfang nehmen und sie an die Spinnereien weitersenden. Die Bank erhält ihre Zahlungen in Mark und investiert dieses Geld unter amerikanischer Kontrolle in den Schuldverschreibungen der genannten Städte. Folglich schuldet die Baumwollbank den Wert des Imports einerseits und besitzt andererseits alle Zahlungen für alle Baumwolle plus 3000 Mill. ℳ eigenen Kapitals in Stadtobligationen. Dieses alles wird den Amerikanern verpfändet als Sicherheit für die geliehenen Kredite, die die Baumwollbank durch Ausgabe von dreijährigen Dollarschuldscheinen zu 75%, einlösbar zu 102%, auf einer Basis von 5½% decken würde, und zwar in jährlichen Tilgungen von 2% plus 2% angesammelter Zinsen, so daß sie innerhalb rund 26 Jahren getilgt sein müßte. Dieses Projekt, das von einem Berliner Bankier propagiert wurde, ist von den maßgebenden deutschen Fachkreisen abgelehnt worden, wie es scheint, in der Hauptsache, weil man dadurch eine völlige Ausschaltung des deutschen Baumwollhandels und eine völlige dauernde Abhängigkeit von Amerika befürchtet. In der „Frankfurter Zeitung" (15. September) wird bei einer Besprechung der Baumwollfrage darauf hingewiesen, daß Deutschland im Frieden jährlich eine Einfuhr von 2 Mill. Ballen Baumwolle gehabt und dafür 500—600 Mill. ℳ bezahlt hat. Die heute bei uns aufgestellten Baumwollstände, unter Berücksichtigung der verkürzten Arbeitszeit, gut und gerne 1½ Mill. Ballen verschwinden. Bei den heutigen Preisen werden dafür etwa 12—15 Milliarden Mark zu bezahlen sein. Für die Versorgung der Welt ist bei der allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit die Ausnützung der in Deutschland vorhandenen Spindeln sehr wünschenswert, so daß sich unter Umständen die Wünsche deutscher und amerikanischer Interessenten in bezug auf die Finanzierung der Baumwollimporte begegnen können. Neben der abgelehnten Baumwollbank wird in Holland zurzeit folgendes Projekt des Handelsattachees bei der amerikanischen Gesandtschaft im Haag erörtert: 2 Mill. Ballen Baumwolle, die seit dem 1. Juli auf ihre Verschiffung warten, sollen nach den Niederlanden gebracht werden, um dort zu lagern. Die Amerikaner finanzieren nur die Ueberführung nach den Niederlanden. Die deutschen Spinnereien brauchen monatlich 40 000 t Baumwolle, und diese Verkäufe sollten auf Risiko der holländischen Kaufleute gehen. Die Zahlungen Deutschlands dafür könnten erleichtert und garantiert werden, dadurch, daß ein Teil dieser Baumwolle in Gestalt verarbeiteter Erzeugnisse zurückgeliefert würde. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Einschaltung einer holländischen Zwischeninstanz notwendig ist; aber jedenfalls ist der Gedanke, die Finanzierung der Einfuhr von Rohbaumwolle durch die Zurücklieferung bestimmter Mengen verarbeiteter Erzeugnisse zu sichern, ein Weg, auf dem sehr wohl für beide beteiligten Länder etwas Ersprießliches zu erzielen wäre.

Umschau.

Umwandlung der Kriegsanleihen in Geld.

Herr Dr. Justus Schloss-Charlottenburg schreibt: „Nichts kennzeichnet unsere geldwirtschaftliche Situation schärfer als einerseits der monomanische Trotz der grossen Menge des Volkes gegen die Tatsache des gigantischen Debetsaldos unserer innerstaatlichen Zahlungsbilanz, andererseits die grotesken Heilvorschläge, mit denen sich die zur Heilung berufenen Geld- und Finanztheoretiker mit ihrer Pflicht auseinandersetzen. Es ist in der Tat nicht einzusehen, wie anders, als durch grotesk anmutende Mittel dem Uebel unserer Verschuldung abgeholfen werden kann, aber wenn die Groteskheit nur das Produkt der Ratlosigkeit ist, die sich heroisch gebärdet, so wirkt sie besonders bei Leuten, die zu anderen Zeiten kluge Gedanken über Geld und Geldwirtschaft zu haben pflegten, alles andere als überzeugend. Das gilt im besonderen von einer soeben erschienenen kleinen Schrift des Direktors der Hypothekenbank in Hamburg, Friedrich Bendixen: „Kriegsanleihen und Finanznot". Zwei finanzpolitische Vorschläge (bei Gustav Fischer, Jena 1919). Bendixen schlägt vor, die Kriegsanleihen durch Umwandlung in bares Geld zu tilgen und, wenn dieses Mittel für den Augenblick zu gewaltsam erscheint, diese Massregel durch obligatorischen Umtausch in unverzinsliche Schatzwechsel mit sechsmonatlicher Lauf-

zeit vorzubereiten, deren Verzinsung durch eine zielbewusste Diskontpolitik der Reichsbank nach unten zu regulieren wäre. Aus dem Munde eines leidenschaftlichen Pazifisten, für den eine Sanierung der Reichsfinanzen den ethischen Nebenzweck einer Bestrafung der durch Anleihezeichnung am Kriege Mitschuldigen erfüllen muss, wäre zu einem solchen Vorschlage nichts zu bemerken. Aber Bendixen betont emphatisch das Recht der Kriegsanleihebesitzer auf eine möglichst schadenlose Liquidation der Kriegsschuld und erwartet von der Verwirklichung seines Planes eine restlose Erfüllung der vom Reich eingegangenen Verpflichtung. In Wirklichkeit käme eine solche Massregel einer hundertprozentigen Konversion der Anleihen gleich, denn man braucht sich nur vorzustellen, dass, aus technischen Gründen, die kleineren Stücke unmittelbar, unter Einziehung der Zinsbogen und des Erneuerungsscheines durch Abstempelung in gesetzliches Zahlungsmittel verwandelt würden, um die „Gerechtigkeit", die mit einer Mobilisierung zu einem nominellen Parikurse den Besitzern geschähe, gebührend würdigen zu können. Es ist bezeichnend für die formale und nur nach formaler Gerechtigkeit strebende Denkungsart Bendixens, dass er die Erschütterung gering achtet, die eine solche Rieseninflation dem Einkommens- und Vermögensaufbau zufügen würde, Offenbar würde sich in kürzester Zeit nach vollzogener Operation herausstellen, dass das Produkt aus dem alten Anleihekurs mal Preisniveau für den Kriegsanleihebesitzer als Konsumenten sehr viel günstiger war, als das Produkt der nominell pariwertigen neuen Kaufkraft mit dem neuen Preisniveau. Etwas anderes kommt hinzu: es ist ganz und gar nicht richtig, dass es dem grössten Teile der Zeichner nur auf eine vorübergehende, leicht liquidierbare Kapitalanlage angekommen sei. Soweit sich darüber überhaupt etwas Bestimmtes sagen lässt, war es neben vaterländischem Pflichtgefühl die hohe Verzinsung, die einen sehr grossen Bruchteil der Bevölkerung zur Zeichnung veranlasst hat. In sehr vielen Fällen ist nicht das Kapital-, sondern das Zinsversprechen der entscheidende Antrieb gewesen. Die Zinsverpflichtung des Reiches ist, sofern von einer Verpflichtung überhaupt noch gesprochen werden kann, nicht weniger bindend als die Kapitalverpflichtung. Die plötzliche Umwandlung in mobiles Kapital würde nun aber eine derartige Ueberflutung des Kapitalmarktes zur Folge haben, dass es ausgeschlossen wäre, auch nur einen Teil des so mobilisierten Kapitals zinstragend anzulegen, denn es ist zusätzliche Kapitalkraft, ausserhalb des organischen Zusammenhangs mit Bedürfnissen und Ertrag der Volkswirtschaft gezeugt. Zu der Erschütterung des Geldbegriffes käme dann noch die Erschütterung des Kapitalbegriffes. Die Folge einer selbsttätigen Sperrung des Kapitalmarktes wäre natürlich eine panische Ueberflutung des Warenmarktes, deren Wirkung auf die Preise unübersehbar wäre. Das Odium des Staatsbankrotts wäre vermieden zu Lasten eines in seinen Wirkungen noch viel odioseren Bankrotts des Geld- und Warenmarktes. Aber es handelt sich ja letztlich gar nicht um die Kriegsanleihebesitzer und die Konsumenten. Das eigentliche Ziel ist die Wiederherstellung der Produktivität der deutschen Volkswirtschaft. Aber da nicht Kapitalmangel die Ursache der geringen Ertragsfähigkeit ist, sondern Ursachen, die zum Teil durch die Verwirklichung des Planes Bendixens als verstärkte Hemmungen wirken würden, so ist nicht zu erkennen, wie durch die Mobilisierung der Anleihen das Ziel erreicht werden kann, ganz abgesehen davon, dass viele Jahrzente nötig wären, um alles neugeschaffene Kapital zinstragend unterzubringen, ohne welche Möglichkeit die Befreiung des Reiches von seinen Verpflichtungen nur eine formale, gewiss aber keine moralische wäre."

Ausfuhrpreise und Valuta. Herr Hans Bach-Dortmund schreibt:

„In dem Artikel „Ausfuhrpreise und Valuta" in Heft 37/38 (S. 306 ff.) hat der Verfasser im Schlussabschnitt einen Leitsatz aufgestellt, dem die weiterverarbeitende Industrie unbedingt zustimmen kann. Er sagt: „Die Preisstellung (bei der Ausfuhr) darf und muss mindestens immer so hoch sein, als die internationale Konkurrenz auf dem Auslandsmarkt es zulässt." Das ist der fundamentale Grundsatz, nach dem sich die weiterverarbeitende Industrie richten soll, muss und will, woran sie aber durch die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen gehindert wird. Nicht die Preisstellung der internationalen Konkurrenz ist massgebend für die Preisstellung der deutschen Werke sondern das sind die Vorschriften der Regierung in den Preisprüfungsstellen. Hier wird einfach nach Schema F verfahren ohne Rücksicht auf die Möglichkeiten, die sich für den Wettbewerb mit dem Auslande ergeben. Dass für die Ausfuhr volkswirtschaftliche Gründe mit massgebend sein müssen, erkennt die weiterverarbeitende Industrie ohne weiteres an; sie sieht aber nicht ein, weshalb sie allein die ganze Last tragen soll. Und eine Last ist es denn durch die bisherigen Vorschriften der Preisprüfungsstellen wurde nicht nur der Wettbewerb im Auslande so gut wie verhindert, sondern es wurden dort auch zahlreiche Konstruktionswerke grossgezogen. Der Verfasser des Artikels „Ausfuhrpreise und Valuta" steht auf einem zu einseitigen Standpunkt. Es ist nicht möglich, einem Industriezweige vorzuschreiben, dass er nahezu allein die Last der volkswirtschaftlichen Erfordernisse tragen soll. Er muss vor allen Dingen leben. Um leben zu können, muss er Aufträge und damit Arbeit für seine Werksangehörigen schaffen. Das Inland hält aber derartig zurück mit Aufträgen, dass trotz der heutigen geringen Leistungen Auftragsmangel bei den weiterverarbeitenden Werken der Eisenindustrie herrscht, so dass sie genötigt sind, Aufträge aus dem Auslande hereinzunehmen, um ihre Betriebe einigermassen beschäftigen zu können. Das Ausland hat Aufträge in Hülle und Fülle zu vergeben, und sie wären zum Teil zu sehr gutem Preise hereinzuholen, wenn nicht die Vorschriften der Preisprüfungsstellen, wie sie in dem Zitat aus der „Vossischen Zeitung" wiedergegeben sind, dies zum grössten Teil verhinderten. Durch sie wird der freie Wettbewerb ausgeschaltet. Es werden ihm Fesseln angelegt, die den Kampf für die Gegenseite sehr leicht machen. Den Vorschriften der Preisprüfungsstellen wird der grösste Nachdruck verliehen durch die Drohung mit der Verweigerung der Ausfuhrbewilligung, falls von den vorgeschriebenen Preisen abgewichen wird. Man sieht wie weit dieser Zustand von dem Grundsatz entfernt ist: dass die Preisstellung immer so sein muss, wie die internationale Konkurrenz sie zulässt. In volkswirtschaftlicher

Hinsicht dürfte die Einschränkung von Betrieben oder gar ihre Stillegung aus Mangel an Aufträgen unheilvoller wirken als die Möglichkeit, dass zu billig in das Ausland verkauft wird, zumal die Valuta sich nicht bessern kann, wenn nicht Auslandsguthaben geschaffen werden. Wie notwendig es ist, dafür zu sorgen, dass die weiterverarbeitende Industrie dem Grundsatze: die Preisstellung muss mindestens immer so sein, als die internationale Konkurrenz es zulässt, folgen kann, zeigt folgendes Beispiel Die Amerikaner wollen sich das zu erwartende grosse Petroleumgeschäft sichern und zu diesem Zweck grosszügige Anlagen schaffen. Es standen 100 Petroleumbehälter von je 8800 cbm Inhalt in Anfrage, davon war die erste Hälfte in den Vereinigten Staaten untergebracht, die andere Hälfte, die zum Teil in Mexiko, zum Teil in Holland zur Aufstellung kommen soll, sollte in Deutschland vergeben werden. Die Anfragen gingen über Holland. Die deutschen Werke waren an die Preisvorschriften gebunden und reichten infolgedessen Preise von ℳ 2200.— und fl. 323.— die Tonne für das fertig bearbeitete Material, frei holländischer Grenze, ein. Die nordamerikanischen Werke erhielten aber auch diesen Auftrag, und zwar zum Preise von 196 Gulden die Tonne. Da ℳ 2200.— zum damaligen Tageskurse 323 Gulden entsprachen, so waren also die Amerikaner 127 Gulden die Tonne billiger als das billigste deutsche Angebot. Damit ist der deutschen weiterverarbeitenden Industrie ein Auftrag entzogen worden, wie er in langen Jahren nicht mehr an den Markt gekommen ist. Es handelte sich um weit über 5000 Tonnen fertig bearbeitetes Behältermaterial, also glatteste Arbeit, woran auch zu dem amerikanischen Preise noch rd. ℳ 1 Mill. hätte verdient werden können. Eine der wettbewerbenden Firmen hatte aber eine Konstruktion angeboten, die wesentlich besser und trotzdem leichter war als die amerikanische, so dass dafür ein erheblich höherer Tonnenpreis hätte bewilligt werden können, ohne das Gesamtangebot der Amerikaner zu überbieten. Es fragt sich nun doch, ob der Schaden für die Volkswirtschaft nicht viel grösser ist dadurch, dass ein schönes Objekt im Werte von rd. ℳ 6 Mill. und damit ein entsprechendes Auslandsguthaben verloren ging, als wenn es zu einem, im volkswirtschaftlichen Sinne zu billigem Preise hereingenommen worden wäre. Dass der über den Inlandpreis hinaus erzielte Exportgewinn vom Reiche erfasst werden soll, ist ein Vorschlag, der besser nicht gemacht worden wäre. Es bedeutet keinen Anreiz für die Werke, die Gefahren der Auslandslieferung auf sich zu nehmen und dem Reich den Nutzen zu überlassen, also gewissermassen eine Sondersteuer zu bezahlen. Es ist ganz selbstverständlich, dass die weiterverarbeitenden Werke, wenn sie freie Hand hätten, diejenigen Preise nehmen, die sie irgend bekommen können. Es macht ihnen kein Vergnügen, billig anzubieten, sondern sie wollen soviel verdienen, wie es möglich ist; nur wollen sie in der Lage sein, sich frei bewegen zu können. Dazu gehört u. a. auch, dass sie den hohen Gewinn an einem Objekt benutzen, um ein anderes Objekt, dessen sie aus irgendeinem Grunde bedürfen, billiger hereinzuholen. Wenn das Reich aber die über ein normales Mass hinausgehenden Gewinne konfisziert, würde der Ausgleich fehlen. Das erste Erfordernis in volkswirtschaftlicher Hinsicht ist jedenfalls: Auslandguthaben schaffen, aber nicht sie verhindern. Dann wird auch die deutsche Einfuhr eher möglich sein."

* * *

fn. Die Ausführungen von Herrn Bach werden auch die Zustimmung der Anhänger einer Preiskontrolle der Ausfuhr finden, insoweit sie zeigen, dass die Preisprüfungsstellen in ihrer gegenwärtigen Form die erwünschte Ausfuhr nicht fördern, weil sie es an einer richtigen Einschätzung der Weltmarktsverhältnisse fehlen lassen. Es ist aber nicht richtig, daraus ohne weiteres zu folgern, dass den ausführenden Werken völlig freie Hand gelassen werden müsste. Denn es bleibt dann eben die Gefahr bestehen, dass sich die Angebote deutscher Firmen nicht nur, wie es notwendig ist, der internationalen Marktlage anpassen, sondern dass sich deutsche Firmen auch am Auslandsmarkt gegenseitig unterbieten, und dass auf diese Weise die Ausfuhr nicht soviel Auslandsguthaben schafft wie möglich. Deshalb kann man aus der Kritik der Praxis der Preisprüfungsstellen die Folgerung ziehen, dass sie nicht aufzuheben sind, sondern dass sie durch die zusammengeschlossenen Industrien selbst von bürokratischen Schwerfälligkeiten befreit und in ihrem Arbeiten den wirklichen Bedürfnissen der Industrie und der Volkswirtschaft angepasst werden sollten. In dieser Umgestaltung liegt für die Selbstverwaltung der Industrie eine Aufgabe, die dankbarer ist als der Ansturm gegen ein System der Preisbeeinflussung, das bei richtiger Anwendung grundsätzlich sowohl privatwirtschaftlich als auch volkswirtschaftlich nützlich sein kann.

Steuerliche Sachkunde. Herr Dr. rer. pol. Paul Gerstner, Dozent an der Handelshochschule, Berlin, schreibt: „Herr Emil Schiff veröffentlichte in der „Vossischen Zeitung" kürzlich unter der Ueberschrift „Steuerliche Sachkunde" sehr beachtenswerte Ausführungen. Ohne weiteres kann Herrn Schiff zugestimmt werden, dass die so anerkennenswerte Energie des Herrn Reichsfinanzministers nicht bei der Berufung von Kommissionen staatswissenschaftlicher Gelehrter haltmachen darf, sondern sich die Mitarbeit wahrer Sachverständiger aus der kaufmännischen und industriellen Praxis sichern muss. Vielleicht kommt auch einer der in diese Kommissionen berufenen Privatwirtschaftslehrer auf denselben Gedanken wie Herr Schiff und schlägt zur technischen Durchführung der Sachverständigen-Prüfung der Steuererklärungen die Bildung von Kommissionen praktisch tätiger kaufmännischer Sachverständigen vor, deren Beruf es ist, wie Schiff ganz richtig sagt, „Jahre und Jahrzehnte hindurch nichts anderes zu tun, als Bücher, Rechnungsabschlüsse, Bestandsverzeichnisse, Statistiken und alles was damit zusammenhängt, zu prüfen oder — genauer, wenn auch unschöner ausgedrückt — zu durchschnüffeln". Herr Schiff, dessen Sachkenntnis unbestreitbar ist, schliesst leider von sich auf andere und gibt sich der Illusion hin, dass die in unseren grossindustriellen Unternehmen tätigen technischen Kaufleute und kaufmännischen Techniker einerseits geeignet sind, die Bilanzunterlagen für die Steuererklärungen sachverständig zu prüfen, andererseits aber auch bereit sind, sich der Steuerbehörde zu diesem Zweck zur Verfügung zu stellen. Ich bestreite beides. Sehr bedauerlich ist es, dass Herr Schiff in nicht völliger

Objektivität vor dem Irrtum warnt, als ob vereidigte Bücherprüfer und Beamte der Treuhandgesellschaften wesentlich in Betracht kämen, die, abgesehen von einigen Ausnahmen, lediglich auf die zahlenmässige Abstimmung zwischen Büchern und Abschlüssen und andere äusserliche Prüfungen, nicht aber auf die innere sachliche Wertergründung und die strenge Erkenntnis des Grundsätzlichen eingestellt seien. Diese Ausführungen Schiffs zeigen neben einer Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse ein unberechtigtes Vorurteil gegen einen ganzen Stand und eine zu weitgehende Verallgemeinerung. Ich gebe zu, dass manche beeidigte und nichtbeeidigte Bücherprüfer sowie Beamte der Treuhandgesellschaften den Anforderungen an einen vollwertigen Sachverständigen nicht gerecht werden. Die Handelskammern und die Berufsorganisationen sind jedoch in der Lage, den Steuerbehörden genügend beeidigte Bücherrevisoren nachzuweisen, welche in jeder Hinsicht den Anforderungen der Steuerbehörden gerecht werden. Auch die angeseheneren Treuhandgesellschaften verfügen über ein ebenfalls anerkannt geschultes Personal. Auf jeden Fall steht fest, dass die anerkannten und angesehenen Bücherrevisoren die umfassende Sachkunde, wie Schiff sie fordert, besitzen, während „die technischen Kaufleute und kaufmännischen Techniker“ zumeist entweder einseitig nur die Betriebsbuchführung und das Kalkulationswesen beherrschen oder andererseits nur einseitig die Kenntnis der kaufmännischen Bilanz. Völlig fremd pflegen gerade diese Betriebskaufleute aber den schwierigen Fragen, welche die Bilanz in steuerlicher Hinsicht mit sich bringt, gegenüberzustehen, während der berufliche Buchsachverständige aus ständiger Fühlungnahme dieselben zumeist zu beherrschen pflegt. Ausserdem irrt Schiff vollkommen, wenn er glaubt, dass der anerkannte Bücherrevisor und gutgeschulte Treuhandbeamte bei dem heutigen Stande des Revisionswesens sich nur auf eine formale Prüfung der Bilanz einlässt. Dies mag hier und da zutreffen, wenn Kaufleute in Unkenntnis des Wertes einer materiellen Revision den Auftrag in dieser Hinsicht beschränken. Ist jedoch die Steuerbehörde der Auftraggeber, so wird ein tüchtiger Bücherrevisor im Interesse der Steuerbehörde und gemäss dem ihm erteilten Auftrag genügend tiefgehende Prüfungen in materieller Beziehung vornehmen, etwa in dem Sinne, wie sie Schiff zutreffend andeutet. Diejenigen Industriellen aber in unseren grossindustriellen Unternehmungen, welche gutbezahlte Stellungen innehaben, werden sich dafür bedanken, zu den Sätzen der heute noch bestehenden Gebührenordnung (ℳ 2.— die Stunde, bei einem Einkommen über ℳ 9000 ℳ 3.—, und wenn es hochkommt, was fast nie der Fall ist, ℳ 6.— die Stunde) für die Steuerbehörden tätig zu sein. Auch der praktische Bücherrevisor und die Treuhandgesellschaften werden sich mit der Ehre, die jetzt den Hochschullehrern zuteil wurde, keineswegs begnügen wollen. Die G e b ü h r e n f r a g e ist auch in diesem Falle der K e r n der ganzen Angelegenheit. Es ist beschämend, dass bei den heutigen Lohnsätzen für ungelernte Arbeiter die Behörden es wagen, anerkannten Sachverständigen als Honorar für ihre gutachtliche Tätigkeit die Sätze der völlig veralteten Gebührenordnung noch anzubieten. Wenn der Herr Reichsfinanzminister oder die entsprechenden von ihm ernannten Kommissionen zeitgemässe Gebührentarife herausbringen werden sich geschulte Sachverständige genügend zur Verfügung stellen. In diesem Fall wird auch eine entsprechende Prüfungskommission, in welcher neben finanz- und privatwirtschaftlichen Gelehrten, Praktiker des Revisionswesens sitzen, leicht ihre Wahl der Sachverständigen treffen können (vgl. auch die beiden Artikel des Verfassers „Der Bücherrevisor beim Aufbau der Friedenswirtschaft“ Plutus Heft 11/12 vom 12. März 1919 und „Reichstreuhandstelle“ Plutus Heft 29/30 v. 16. Juli 1919).“

Börse und Geldmarkt.

An der Berliner Börse rast die K o l o n i a l h a u s s e. Es muss ja auch ein Ventil geben, durch das sich die angesammelte Nervosität entlädt. Aber hier spielen denn doch besondere Ursachen mit. Durch den Friedensvertrag hat Deutschland seinen überseeischen Besitz verloren, und mit einem Schlage ist damit ehemals deutsches Kolonialgebiet zu staatsfremdem Lande geworden. Die Börse zog daraus den Schluss, dass nun auch die Kolonialgesellschaften deutschen Rechtes, die dort domizilieren, in den Genuss der Rechte englischer oder sonstiger ausländischer Gesellschaften treten werden. Damit scheint ihr zweierlei erreicht: einmal sind nunmehr die Unternehmungen, auch wenn sie vorläufig noch in Berlin ihren Verwaltungssitz haben, dem Zugriff des deutschen Steuerfiskus entzogen und in Regionen milderer Steuersitten gerückt, und andererseits glaubt sie, dass nunmehr die Papiere sozusagen Valuta-Werte, ausländische Wertpapiere, geworden sind. So kam es, daß man sich an der Börse um die notierten und nicht notierten Kolonialanteile riss, während, wie stets bei plötzlich steigenden Kursen, auch sogleich danach das Publikum in Masse als Käufer auf dem Markt erschien. Die Argumentation der Börse enthält Richtiges und Anfechtbares. Höchstwahrscheinlich werden allerdings Einkünfte und Reserven dieser Gesellschaften in Zukunft weder der deutschen Einkommensteuer noch dem Reichsnotopfer oder einer anderen Kriegssteuer unterliegen, sondern — nach Auflösung ihrer Berliner oder Hamburger Verwaltungssitze und Konstituierung als Gesellschaft englischen usw. Rechts — ihre Steuern dem fremden Einnehmer abliefern. Aber, ob nun so ohne weiteres aus dem deutschen Kolonial-Anteil oder der Aktie ein „Valuta-Papier“ wird, dessen Wert dem entspricht, was die Käufer jetzt zu den täglich springenden Kursen angelegt haben, erscheint denn doch noch sehr fraglich. Das beste und sicherste Geschäft haben zweifelsohne die Kreise gemacht, die jetzt zu den höchsten Kursen ihren Besitz an die Spekulation abgestossen haben. Man soll doch — gewitzigt durch die Erfahrungen, die wir in punkto Privateigentum und seine Respektierung mit der Entente gemacht haben, nicht allzu sicher damit rechnen, dass nun auch England die deutschen Besitzer von Anteilen der neugegründeten Kolonialgesellschaften völlig ungehindert in ihrer Verfügungsfreiheit lässt, oder dass es ihnen, falls eine starke Strömung im Lande dahin drängt, den gesamten Anteilsbesitz der nun englisch gewordenen Gesellschaften auch ganz in englische Hände zu bringen, nun auch bestimmt einen Preis zahlen wird, der sich auf die zuletzt an den deutschen Börsen erzielten

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor: [1])

Tag	Ereignisse
Mittwoch, 24. September	*G.-V.:* Landbank Berlin, Halle-Hettstedter Eisenbahn-Gesellschaft, Jaluit-Gesellschaft Hamburg, Schlesische Portland-Cementfabrik Groschwitz bei Oppeln. — Schluss der Umtauschfrist Aktien Schäffer & Walcker.
Donnerstag, 25. September	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — *G.-V.:* Isaria Zählwerke, Pfälzische Pulverfabriken St. Ingbert, Patentpapierfabrik Penig, P. Fuchs Waggonfabrik Heidelberg, Pausaer Tüllfabrik.
Freitag, 26. September	*G.-V..* Stahlwerk Oeking, Königsberger Kleinbahn, Teutoburger Waldeisenbahn, Eisenbahn-Gesellschaft Altona-Kaltenkirchen, Bleistiftfabrik vorm. Joh. Faber, Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt Luther, Papierfabrik Reisholz. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Danziger Privat-Aktien-Bank.
Sonnabend, 27. September	Bankausweis New-York. — *Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Schubert & Salzer Maschinenfabrik, Neuhaldenslebener Eisenbahn, Hildesheim-Peiner Kreiseisenbahn, Mechanische Weberei Ravensberg, Blohm & Voss Schiffswerft.
Montag, 29. September	Bilanzsitzung Phönix. — *G.-V..* Nauendorf-Gerlebogker Eisenbahn, Süddeutsche Eisenbahn-Gesellschaft, Zschipkau-Finsterwalder Eisenbahn, Freiherrl. v. Tuchersche Brauerei, Jutespinnerei und Weberei Cassel, Brandenburgische Carbid- und Elektrizitätswerke, Deutsche Mineralölindustrie Akt.-Ges. Wietze, Gladbacher Textilwerk Akt.-Ges. vorm. Schneider & Irmen, Emil Köster Lederfabrik Akt.-Ges., Chemnitzer Aktienspinnerei, Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft.
Dienstag, 30. September	Bilanzsitzung Laurahütte. — *G.-V.:* Wotanwerk Akt.-Ges., Emaillier- und Stanzwerke vorm. Gebr. Ullrich, Akt.-Ges. für Pappenfabrikation, Oelfabrik Gross-Gerau-Bremen, Rinteln-Stadthagener Eisenbahn, Wehlau-Friedländer Kreisbahn, Braunschweiger Akt.-Ges. für Flachsindustrie, Zuckerfabrik Kruschwitz. — Schluss der Einreichungsfrist Carl Ernst Akt.-Ges.
Mittwoch, 1. Oktober	*G.-V.:* Tiefbau- und Kälteindustrie Gebhardt & König. — Schluss der Einreichungsfrist Aktien Berlin-Charlottenburger Strassenbahn, Einreichungsfrist Union Bau-Gesellschaft auf Aktien.
Donnerstag, 2. Oktober	Ironage-Bericht. — Bankausweise London Paris. — *G.-V.:* Hubertus-Braunkohlen-Akt.-Ges.
Freitag, 3. Oktober	*G.-V..* Reinickendorf-Liebenwalder-Gross-Schönebecker Eisenbahn, Hohenlohe Werke, Vogt & Wolf Akt.-Ges.
Sonnabend, 4. Oktober	Bankausweis New-York. — *Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Rixdorf-Mittenwalder Eisenbahn, Bergbau- und Hütten-Akt.-Ges. Friedrichshütte, Klosterbrauerei Roederhof, Osnabrücker Bank. — Schluss der Einreichungsfrist Arnsdorfer Papierfabrik Heinrich Richter.
Montag, 6. Oktober	
Dienstag, 7. Oktober	*G.-V.:* Wilhelmshütte, Süddeutsche Baumwollindustrie Kuchen, Salpeterwerke Gildemeister, Trachenberger Zuckersiederei, Terrain-Gesellschaft Neu-Westend München, Schrauben-Muttern- und Nietenfabrik Danzig-Schellmühl.
	Verlosungen: 1. Oktober: $2^1/_2$% Raab-Graz. 150 Gld. (1871), 3% Stadt Rotterd. 100 Gld. (1868), Türkische 400 Fr. (1870), 4% Theiss Regul. 100 Gld. (1880). 5. Oktober: $2^3/_{10}$ und 3% Credit foncier 500, 400. 250 Fr. (1879, 1880, 1891, 1899, 1909), $2^1/_2$ und 3% Stadt Paris 400 Fr., 300 Fr. (94/06, 1912). 8. Oktober: Brüssel Maritimes 100 Fr. (1897).

[1]) **Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.**

Kurse stützt. Es steckt zweifellos ein nicht unerhebliches Risiko für die jüngsten Käufer deutscher Kolonialpapiere in ihrem teuer erworbenen Besitz, und man kann sich deshalb nur über das Mass von Kritiklosigkeit wundern, mit dem weite Publikumskreise diese Börsenhausse mitgemacht haben.

An der Börse sprach man von bevorstehenden Kapitalserhöhungen der Banken; die betreffenden Kombinationen erfuhren aber schnell die in solchen Fällen üblichen entschiedenen Dementis. Geht man den Dingen tiefer nach, so sieht man, dass, selbst wenn bestimmte Pläne seitens der genannten Banken noch nicht vorlagen und es sich nur um ein „Antippen“ handelte, doch sehr gute und triftige Gründe dafür sprachen und sprechen, dass Kapitalserhöhungspläne in den Direktoren-Kabinetts der Banken zum mindesten ventiliert werden. In den letzten drei Monaten hat sich eine merkliche Aenderung der Verhältnisse auf dem Geldmarkt angebahnt. Die Wirkungen der Aufhebung der Blockade haben sich in einer starken Zunahme des Warenhandels — vor allem natürlich des illegitimen — gezeigt. Die Ueberflutung Deutschlands durch Unmassen ausländischer Waren über die niedergebrochene Zollgrenze im Westen hat gewaltige Geldbeträge mobil gemacht. Geht man, speziell in Orten, die nicht allzu weit von der Besatzungszone liegen, durch die Strassen, so sieht man, wie die vor kurzem noch lediglich von Senftöpfen und Schaumspeisen-Paketen dürftig gezierten Bretter der Läden sich biegen unter der Last der Berge von amerikanischen, französischen, schweizerischen Schokoladentafeln, von Paketen Seife und Kakaos, von Fässchen mit Reis und Grieß und von Kisten mit englischen und amerikanischen Biskuits und Büchsen kondensierter Milch. Im Duisburger Hafen und an unzähligen anderen Stellen hat sich ein Geschäft entwickelt, dessen tägliche Umsätze in die hohen Millionenziffern gehen. Mit anderen Worten: für einen Teil der bisher in den Kassen der Banken aufgespeicherten Gelder der Handelskreise bietet sich allmählich wieder ein Tätigkeitsfeld.

Der Prozess, der sich im Kriege abgespielt hat und dahin führte, dass aus den Kreditnehmern der Banken infolge der gewaltigen Kriegsverdienste und der Geldflüssigkeit Geldgeber wurden, beginnt sich langsam zurückzubilden. Der Höhepunkt der Kreditoren-Summen bei den Banken scheint überschritten und allgemach muss man sich in den Bankdirektorenkreisen mit dem Gedanken vertraut machen, grössere Teile der ihnen im Kriege anvertrauten Riesensummen fremder Gelder zurückzuzahlen. Dies um so eher, als die kommenden Steuern und Abgaben, insbesondere die Abgabe vom Vermögenszuwachs und das Reichsnotopfer erhebliche Anforderungen an die Kundschaft stellen werden. Setzt aber erst einmal wieder allmählich ein halbwegs reguläres Warengeschäft ein, treten die meisten Warenkunden aus dem Zustande einer langsamen Liquidation ihrer Vorräte wieder in das Stadium der Geschäftsausdehnung und des starken Geldbedarfs, so müssen sich die Banken, die ihre in der Hauptsache kurzfristigen Kreditoren keineswegs zu voraussichtlich länger befristeten Kreditgewährungen verwenden können, immerhin fragen, ob sie, für den Fall einer wiederaufsteigenden Konjunktur, allen Anforderungen ihrer Kreditnehmer gewachsen sind. Denn, und das wird nicht nur für einige Jahre, sondern voraussichtlich mindestens für die Dauer der Arbeit der jetzt lebenden und wirkenden Generation gelten, sie werden für das Warengeschäft und infolgedessen auch für seine Kreditierung selbst bei nicht so hohen Umsätzen wie in den letzten Friedensjahren als Folge der (auch ohne Berücksichtigung unserer Valutaverhältnisse) Preissteigerungen für alle Hauptrohstoffe und Fabrikate ganz andere Summen benötigen, wie vordem. Gilt dies schon für Länder mit vollwertiger oder nur um 20—25% entwerteter Valuta, so ganz besonders für uns, wo heute die meisten Gebrauchsgegenstände oder Rohstoffe mit dem 10—20 fachen des Friedens-Nominalbetrages in unserem entwerteten Gelde bezahlt werden. Die Banken müssen das berücksichtigen, wie sie sich auch darüber klar sein müssen, dass eben heute ein Aktienkapital von 400 Mill. M. nur noch sehr knapp 80 Millionen bedeutet. Aus diesen Gedankengängen wird u. E. wohl die Börse ihre Schlüsse gezogen haben, wenn sie sich sagte, dass die Banken, die doch in naher Zukunft sowohl das deutsche Warengeschäft kreditieren, als im Auslandsgeschäft sich einen, wenn auch bescheidenen Platz erobern wollen, in absehbarer Zeit genötigt sein werden, ihre Eigen-Kapitalien zu verstärken. Wir wiederholen: es ist an sich nur ganz korrekt, wenn die Banken heute noch dementieren. Denn konkrete Beschlüsse werden in der Tat wohl noch bei keinem Institut gefasst worden sein. Dass aber auf die Dauer sich keine Bank, die eine irgendwie aktive Politik treiben und nicht auf neue Geschäftsmöglichkeiten verzichten will, derartigen naturnotwendigen Folgerungen, wie wir sie oben gezogen haben, entziehen kann, liegt auf der Hand. Von der Gestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse wird es dann wohl in der Hauptsache abhängen, wann die ersten Kapitalserhöhungen der Banken kommen. Denn natürlich können wir mit ihnen nur dann rechnen, wenn wir im Inlande über die Gefahr eines neuen Putsches von links, von Hungerrevolten und Kohlennot-Unruhen sowie einer Gegenrevolution hinweg sind. Gelingt es uns, durch den Sumpf hindurchzukommen, so dass der Fabrikant und Kaufmann ohne Furcht vor neuen Streiks und Schlimmeren endlich ans ruhige Kalkulieren und Arbeiten gehen kann, und ist das Vertrauen des Auslandes wieder einigermassen zu der Konsolidierung unserer inneren Verhältnisse zurückgekehrt, dann wird auch unseren Banken der Augenblick gekommen erscheinen, die „schimmernde“ oder, leider müssen wir ja jetzt sagen, die „papierene Wehr“ für den neuen Konkurrenzkampf zu verstärken. Dann kommt der Wettlauf um die erste Kapitalerhöhung, und man kann nur begierig sein, wer als Sieger am Ziel sein wird.

Im übrigen wird die Abschätzung der Kreditwürdigkeit ihrer Kunden für die Banken heute nicht mehr so ganz einfach sein. Schreiber dieser Zeilen ist nicht so naiv anzunehmen, dass es unter den im Kriege grossgewordenen Firmen auch nur 10% gibt, die wirklich nicht mehr als die ihnen zugestandenen 166 100 M. von dem Kriegsgewinn übrig behalten. Aber das eine steht doch fest, dass sehr viele, die ganz klein angefangen haben und viel verdienen konnten, jetzt daher in hohem Masse auf Grund eines respektablen Eigenkapitals kreditwürdig sind, nunmehr, wenn der Staat für Vermögenszuwachs und Notopfer mit einer prozentual sehr bedeutenden Summe als Schuldner in ihren Büchern erscheint, den Banken nur eine stark verschlechterte Kreditbasis vorzeigen können. Daher auch unter den Banken, denen das gar nicht, in das Konzept passt, eine immer stärker werdende Gegnerschaft gegen das Reichsnotopfer auftritt. Ohne, dass aber bis jetzt aus der Schar der Bankgewaltigen einer aufgestanden wäre, der uns ein Rezept gezeigt hätte, wie wir es ohne das Reichsnotopfer anders und besser machen können. Justus.

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Demokratie und Rätesystem. Von Dr. O. Curtius. 1. Vorsitzender der Ortsgruppe Duisburg der Demokratischen Partei. Verlagsbuchhandlung Alexander Grübel Nachf. Berlin C 19. Preis *M* 1,—.

Geistige Grundlagen und Entwicklung des Bolschewismus. Von Dr. Willy Hoffmann. Verlagsbuchhandlung Alexander Grübel. Berlin C 19. Preis *M* 1,50.

Der Arbeitsbund. Ein Weg zum Aufstieg, zum Wirtschaftsfrieden und zum Aufbau des Sozialstaates. Von Otto Herzog. Bremen. Verlag von Franz Berger. Preis *M* 0,60.

Die Kommunalisierung des Lebensmittelgewerbes. Von Dr. Bruno Heinemann. Verlag von Carl Curtius. Berlin 1919. Preis *M* 2,—.

Formen der Kommunalisierung. — Allgemeines zur Kommunalisierung des Lebensmittelgewerbes. — Einzelne Gewerbezweige (Milch-, Bäckerei-, Fleischerei-, Gastwirtsgewerbe). — Anlagen.

Fort mit Erzberger! Von Karl Helfferich. Verlag August Scherl G. m. b. H. Flugschriften des Tages. 8. Heft. Preis *M* 2,—.

Grundlage und Programm der proletarischen Einigung. Kritik und Aufruf von Dr. Hermann Joelsohn, Mitglied des Arbeiterrats für Gross-Berlin. Preis *M* 3,—. Ideal-Verlag. Berlin SO 36, Reichenberger Str. 56.

Vorwort. — Irdische Wende. — Revolution und Sozialdemokratie. — Die Parteien und die Forderung des Tages. — Zum Rätesystem. — Der Staatsstreich.

Ferdinand Lassalle. Von Stefan Grossmann. Verlag Ullstein & Co. Berlin. Preis *M* 6,—.

Einleitung: Lassalle aus der Nähe. — Der Knabe. — Jüngling Lassalle. — Lassalle vor Gericht. — Eine Liebesepisode. — Gegen die Presse. — Das letzte Kapitel.

Sozialisierung, Planwirtschaft oder sozial-organische Ausgestaltung der Produktion? Ein Beitrag von Otto Schulz-Mehrin, Ingenieur. Im Verlage des Vereins deutscher Ingenieure, Berlin NW 7. Druckschrift Nr. 1 des Ausschusses für wirtschaftliche Fertigung. Preis *M* 1,75.

Wesen und Zweck der Sozialisierung. — Die Sozialisierung der Produktionsmittel. — Die Sozialisierung der Unternehmungsformen. — Die Sozialisierung der Gesamtwirtschaft. — Zusammenfassung.

Grossrussland seit Februar 1917. Was hat der Bolschewismus in Russland gezeitigt? Nach persönlichen Erlebnissen geschildert von Hugo Mandowsky. Bereslau 1919. Verlagsbuchhandlung von Alexander Grübel. Berlin C 19. Preis *M* 1,50.

Die Heckmannsche Betriebsgemeinschaft als Kern neuer Unternehmungsformen. Von Robert Heckmann. München und Berlin 1919. Verlag von R. Oldenburg. Preis *M* 2,75.

Einleitung. — Die Heckmannsche Betriebsgemeinschaft. — Anwendungsformen der Heckmannschen Betriebsgemeinschaft. — Zentralverwaltungen. — Ausfuhrvereinigungen. — Inländische Marktgemeinschaften. — Warenhäuser. — Gruppenwirtschaft. — Industrielle Betriebsgemeinschaften. — Gemischt-wirtschaftliche Zukunftsunternehmungen. — Ein neues kaufmännisches Hilfsgewerbe. — Schlusswort. — Anhang.

Um Deutschtum und Judentum. Gesammelte Reden und Aufsätze. Von Eugen Fuchs. Herausgegeben im Auftrage des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens von Dr. Leo Hirschfeld, Assessor in Berlin. Verlag von J. Kauffmann. Frankfurt am Main. 1919. Preis *M* 6,—.

Zur Geschichte des Centralvereins. — Antisemitismus. — Zionismus. — Organisation. — Allgemeines. — Gegenwartsfragen.

Warum mussten wir nach Versailles? Von der Friedensresolution zum Friedensschluss. Von Oscar Müller. Preis *M* 1,—. Verlag Reimar Hobbing, Berlin.

Sozialistische Monatshefte. Herausgegeben von Dr. J. Bloch. 25. Jahrgang. 53. Band. 19./20. Heft. 1919. Preis *M* 1,50.

Max Cohen: Die erste Verfassung der deutschen Republik. — Dr. Ludwig Quessel: Scheidemann, Michaelis und Kühlmann im Sommer 1917. — Heinrich Peus: Verhältniswahl mit Persönlichkeitswahl. — Edmund Fischer: Neue Aufgaben der Gewerbeaufsicht. — Victor Eschbach: Deutschland und das Elsass. — Dr. Georg Wolff: Die sozialhygienische Bedeutung der Tuberkulosebekämpfung. — Adolf Allwohn: Neue Religion. — Bruno Taut: Rede des Bundeskanzlers von Europa am 24. April 1993 vor dem europäischen Parlament. — Walt Whitmann: Vor einem Bildnis.

An open letter to an English Officer and incidentally to the English people. By Ferdinand Hansen. Hamburg 15. 1919. Preis *M* 2,—.

Effektenterminhandel. Eine Streitschrift zur Uebergangswirtschaft. Von Dr. rer. pol. Manfred Katz. Berlin W 8. Verlag von Dr. Hermann Zickert, A.-G. Preis *M* 3,50.

Einleitung. — Entstehungsursachen und Entstehungsgeschichte des Effektenterminhandels. — Begriff und Technik des Effektenterminhandels. — Verteidiger des Effektenterminhandels. — Bekämpfer des Effektenterminhandels. — Wirkliche Vorzüge und Mängel des Effektenterminhandels. — Reformversuche. — Ist nach dem Vorhergegangenen der Effektenterminhandel existenzberechtigt und brauchen wir ihn zum Wiederaufbau der deutschen Friedenswirtschaft?

Deutschland in Vorderasien. Von Hans Rhode, Oberleutnant und Kompagnieführer im Infanterie-Regiment von Horn (3. Rheinisches) Nr. 29. Mit einer Karte. Berlin 1916. Siegfried Mittler & Sohn, Königliche Hofbuchhandlung, Kochstr. 68/71. Preis *M* 5,—.

Einleitung. — Die Eisenbahnen in Kleinasien, ihre Bedeutung, Entwicklung und Zukunft. — Das Deutschtum im Gebiete der Bagdadbahn. — Die deutschen Ansiedelungen in Palästina. — Die jüdische Kolonisation in Palästina. — Der deutsche Handel in Vorderasien. — Die deutsche Schularbeit und Wohlfahrtspflege in Vorderasien. — Die deutsche Forschung in Vorderasien. — Schluss.

Schneider-Dahlheim Usancen der Berliner Fondsbörse. Bearbeitet von Kurt Hartung. 1919—1920. Ein Handbuch zum praktischen Gebrauch für Börsen-Interessenten. 18. vermehrte und verbesserte Auflage. Verlag von Ferd. Dümmlers Buchhandlung, Berlin. Preis *M* 26,40.

Die Handelskammer zu Berlin. — Auszug aus der Verfassung der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin. — Auszug aus dem Börsengesetz. — Auszug aus der Börsenordnung für Berlin. — Auszüge aus den Bekanntmachungen des Bundesrats. — Der Liquidationsverein für Zeitgeschäfte an der Berliner Fondsbörse. — Die Bank des Berliner Kassenvereins. — Die Reichsbank. — Die Abrechnungsstelle bei der Reichsbank in Berlin. — Die Berliner Scheckaustauschstelle — Preuss. Staatsbank (Seehandlung). — Das Preussische Staatsschuldbuch und das deutsche Reichsschuldbuch. — Die Erhebung von Reichsstempelabgaben. — Bedingungen für die Geschäfte an der Berliner Fonds-Börse. — Festsetzungen des Börsenvorstandes, Abt. Fondsbörse, bezügl. Lieferbarkeit. — Die Arten der Zweiggeschäfte. — Ultimo. — Liquidations-Stichtage. — Prolongation von Effekten. — Wechsel und Schecks. — Sortenbanknoten. — Effekten. — Ausländische Zinsscheine. — Alphabetisches Verzeichnis sämtlicher an der Berliner Börse gehandelten Wertpapiere nebst wissenswerten Angaben. — Bekanntmachung des Börsenvorstandes, betr. Neuregelung des Börsenverkehrs. — Usancen für den Handel in amtlich nicht notierten Werten. — Börsengebräuche für die Stadt Essen und die Börse zu Düsseldorf. — Nachtrag.

Deutschland und Russland. Eine Antwort an Prof. Dr. Eltzbacher. Von Heinz Fenner. Verlag der Kulturliga G. m. b. H., Berlin W. 35. Preis *M* 1,20.

Einleitung. — Was ist Bolschewismus. — Der Bolschewismus. — Die Rettung Deutschlands. — Innen- und aussenpolitische Folgen der Bolschewisierung Deutschlands. — Ostorientierung. — Was uns not tut.

Ueber die Bedeutung Indiens für England. Eine Studie von Sten Konow. Verlag Georg Westermann, Hamburg. Preis *M* 2.50.

Revolution und Oper. Von Edgar Istel. Verlag Gustav Bosse, Regensburg. Preis *M* 3.60.

Geld oder Geldersatz? Vollständiges Lehrbuch für den kaufmännischen Unterricht in den Handelsschulen. Wechsel - Scheck - Anweisung - Banknoten von Karl Lindermann, Direktor der Handelswissenschaften. Verlagsbuchhandlung Carl Findeisen, Leipzig, 1919. M 5.—.

Höchst-, Mindest-, Richt- und Vertragspreise. Von Amtsrat Dr. Emil Hofmann, Vorstand des städtischen Preisprüfungsamts und Dozent an der sozialen Frauenschule, Mannheim. Preis ℳ 2.50.

Für Ehre, Wahrheit und Recht. Erklärung deutscher Hochschullehrer zur Auslieferungsfrage. Verlag Carl Curtius, Berlin W. Preis ℳ 0.40.

Wilhelms II. Abschiedsbrief an das deutsche Volk. Den Deutschen ein Spiegel. Von ***. Verlag Carl Curtius in Berlin W. Preis ℳ 1.50.

Versailles. Von Rudolf Brandt. Verlag von Carl Curtius, Berlin W. Preis ℳ 3.50.

Vorwort. — Die Fahrt. — Vor der Uebergabe der Bedingungen. — Der 7. Mai. — Die Zeit des Notenkampfes. — Versailler Bilderbuch. — Der deutsche Gegenvorschlag. — Die Antwort der Entente. — Die Entscheidung in Deutschland. — Der Schlussakt im Spiegelsaal.

Mitteilungen des deutschen Werkbundes. 1919. Nummer 1. Preis ℳ 1,—.

Ein demokratisches Kulturprogramm. — Wirtschaftslehre in den Kunstgewerbeschulen — Die Auflösung der Kunstgewerbeschule in Düsseldorf. — Propaganda. — Praktische Arbeit mit Wilhelm Ostwald's Farbenatlas. — Schmuckindustrie, Ausfuhr und Publikum. — Revolution und Baukunst. — Bund der freien Künste. — Wirtschaftsbund deutscher Kunsthandwerker. — Kunstausstellung 1919. — Entwürfe und Metallmesse in Leipzig. — Deutsche Werkbundausstellung in Kopenhagen. — Wettbewerb für die Briefmarke zur Erinnerung an die Nationalversammlung. — Ausstellung einfachen Hausrates im Kunstgewerbe-Museum, Berlin. — Die Mode der bemalten Möbel. — Deutscher Hausrat. — Luxussteuerpflicht der Grabdenkmäler. — Eingegangene Bücher.

Nummer 2. Preis ℳ 1,—.

Die Revolutionsprogramme der Künstler. — Vorschläge zu einem Lehrplan für Handwerker, Architekten und bildende Künstler. — Von der Erziehung zum Handwerker. — Die Baukunstkammer für Württemberg. — Ueber Berufswahl und Berufsberatung. — Qualitätsarbeit und Sozialpolitik. — Anmerkung zur Stilentwicklung. — Die zweite Entwurfs- und Modellmesse. — Die Berliner Ausstellung: „Einfacher Hausrat". — Preisausschreiben für Kachelofen.

Gegen die Zwangswirtschaft des Reichswirtschafts-Ministeriums. Von Ludwig Roselius. Verlag Karl Sigismund, Berlin 1919. Preis ℳ 3.—.

Vorwort. — Offener Brief an die Regierung. — Der Streit um die Planwirtschaft. — Offener Brief an Walter Rathenau und Wichard von Moellendorff. — Brief von Walter Rathenau. — Brief von Wichard von Moellendorff. — Kritik der Rathenauschen und von Moellendorffschen Vorschläge. — Arbeiter und freie Wirtschaft. — Friedensbedingungen, Goldwährung und freie Wirtschaft. — Schlusswort.

Die Steinkohlen in Oberschlesien und an der Saar, die Bedeutung ihres Besitzes und die Folgen ihres Verlustes für Deutschland. Von Landesgeologe Dr. Axel Schmidt, Stuttgart.

Finanz- und volkswirtschaftliche Zeitfragen. Herausgegeben von Geh. Rat Professor Dr. Georg Schanz in Würzburg und Geh. Reg.-Rat Dr. Julius Wolf in Berlin. 62. Heft. Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart 1919. Preis ℳ 2.—.

Zur Kritik der grossen Vermögensabgabe (Reichsnotopfer). Von Dr. Joseph Rheinboldt, Badischer Finanzminister a. D. Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart 1919. Preis ℳ 3.40.

Offizier und Republik, Schlaglichter auf die Revolution von Müller-Brandenburg. Berlin 1919. Nr. 5 der Flugschriften der Revolution. Verlag für Sozialwissenschaft, SW 68, Lindenstrasse 114. Preis ℳ 1.25.

Die Verfassung des Deutschen Reiches. Vom 11. August 1919. Berlin und Leipzig 1919. Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co. Preis ℳ 3.50.

Erster Hauptteil: Aufbau und Aufgaben des Reichs. Zweiter Hauptteil: Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen.

Des Deutschen Reichs Verfassung. Ein Handbuch für das deutsche Volk. Von Justizrat Dr. Bruno Ablass, M. d. N. 1919. Reichsverlag H. Kalkoff, Berlin-Zehlendorf-West. Preis ℳ 5.—.

Geleitwort des Staatssekretärs a. D. Haussmann. — Vorwort. — I. Geschichte der Verfassung des Deutschen Reichs. — II. Die Grundsätze der deutschen Reichsverfassung. — III. Der organische Aufbau der deutschen Reichsverfassung. — IV. Die Reichsgesetzgebung. — V. Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen. — VI. Schlussbestimmungen. — Nachwort. — Abdruck des Textes der Verfassung.

Das Christentum. Von D. Friedrich Naumann. Verlag von Hermann Beyer & Söhne, Langensalza 1919. Preis ℳ 1.20.

Nation, Staat und Wirtschaft. Beiträge zur Politik und Geschichte der Zeit. Von Ludwig Mises. Manzsche Verlags- und Universitäts-Buchhandlung Wien und Leipzig 1919. Preis ℳ 8.50.

Vorwort. — Einleitung. — I. Nation und Nationalität. — II. Das Nationalitätsprinzip der Politik. — Krieg und Wirtschaft. — Sozialismus und Imperialismus. — Schlussbetrachtungen.

Eine Kapitalrentensetuer im Rahmen der Neuordnung der Reichsfinanzen. Von Dr. H. G. Haenel. Verlag von Gustav Fischer, Jena 1919. Preis ℳ 4.50.

Vom Geist der Volkswirtschaftslehre, Antrittsrede, gehalten am 5. Mai 1919 an der Universität Wien von Dr. Othmar Spann, o.ö. Professor der politischen Oekonomie. Verlag von Gustav Fischer, Jena 1919. Preis ℳ 3.—.

Geldreform als Voraussetzung der Wirtschaftsgesundung. Von Amtsrichter Alexander Schneider, M. d. N. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck, München 1919.

Veröffentlichungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

1. Heft. Bericht über die Gründungsversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Berlin, den 12. April 1919. — Bericht über die Jenaer Tagung des Centralverbandes Deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen vom 3. und 4. Februar 1919.

3. Heft. Beratungen über die Frage der Selbstverwaltungskörper. 12. Juni 1919, Berlin.

4. Heft. I. Die Bindung der Fracht an das Ladegewicht der gestellten Güterwagen. II. Die neuen Bedingungen für die Zulassung von Privatanschlüssen.

5. Heft. Was muss der deutsche Industrielle vom Friedensvertrag wissen? — Zusammenstellung der Bestimmungen des Friedensvertrages, soweit sie die Industrie betreffen, nebst Ausführungsgesetzen und Rheinlandabkommen.

6. Heft. Reichssteuer 1919. Kriegsabgabe für 1919. — Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs. — Erbschaftssteuer. — Grunderwerbssteuer. — Die neuen Verbrauchsabgaben. — Die neuen Post-, Telegramm- und Fernsprechgebühren. — Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung.

Selbstverlag des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Berlin W, Kurfürstenstrasse 137.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil G. Friedmann-Charlottenburg.